

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Goldpfennig, monatlich 30 Goldpfennig, vierteljährlich 1 Mark, halbjährlich 1 Mark 50 Pfennig, jährlich 3 Mark.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Wort und Bild' mit 'Erdkunde und Reisegeschichte' sowie der Unterhaltungsbeilage 'Weltweit' und Frauenbeilage 'Frauenstimme' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293

Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 14. Mai 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Postkontonummer: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direction der Postkontogewalt, Dönhofsstr. 3

Anzeigenpreise: Die einseitige Anzeigenzeile 0,30 Goldmark, Reklameweile 1.- Goldmark. 'Kleine Anzeigen' bis fünfzeilige Wort 0,20 Goldmark, sechs bis zehnzeilige Wort 0,30 Goldmark, elf bis fünfzehnzeilige Wort 0,40 Goldmark, sechzehn bis zwanzigzeilige Wort 0,50 Goldmark, über zwanzigzeilige Wort 0,60 Goldmark. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 0,30 Goldmark, sonst Goldmark - ein Dollar geteilt durch 4,26.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindendamm 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

Der Kurswechsel in Frankreich.

Nach Poincarés Rücktrittserklärung.

Paris, 13. Mai. (W.B.) Ueber den heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik abgehaltenen Ministerrat wird das folgende Kommuniqué ausgegeben: Ministerpräsident Poincaré hat den Ministerrat über die auswärtige Politik aufgeklärt. Der Ministerrat hat beschlossen, seine nächste Sitzung am 22. Mai abzuhalten. Ministerpräsident Poincaré hat dem Präsidenten der Republik mitgeteilt, daß er die Absicht habe, ihm die Kollektivdemission des Ministeriums am 1. Juni zu überreichen.

Im Anschluß an die heutige Mitteilung Poincarés im Ministerrat, daß er am 1. Juni zurückzutreten beabsichtige, teilt Havas offiziös mit, daß damit auch der Plan der Unterredung zwischen Poincaré und Macdonald in Chequers am 19. Mai hinsichtlich geworden sei. Die Unterredung werde voraussichtlich Anfang Juni nach dem Zusammentritt der neuen Kammer und nach der Bildung der neuen französischen Regierung stattfinden. (Im größeren Teil der gestrigen Abendausgabe bereits gemeldet. Red. d. B.)

Paris, 13. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der unterlegene Poincaré hat die Demission seines Kabinetts auf den 1. Juni verschoben. Er hat nicht nur den Präsidenten der Republik, sondern auch die Öffentlichkeit in einem offiziellen Kommuniqué von dieser Absicht in Kenntnis gesetzt, so daß die Regierung in Wirklichkeit schon heute zurückgetreten und nur noch zur Weiterführung der Geschäfte berufen ist. Die erste Konsequenz aus diesem Interregnum ist die Absage der für den 19. Mai zwischen Macdonald und Poincaré vereinbarten Aussprache. Poincaré hat, was am Montag noch keineswegs sicher zu sein schien, sich inzwischen doch zu der Einsicht bequemen müssen, daß er nach diesem Wahlausfall nicht mehr die nötige Autorität besitzt, um im Namen Frankreichs sprechen oder gar internationale Vereinbarungen treffen zu können. Offiziell wird weiterhin angekündigt, daß die Regierung die Durchführung der von der Kammer im März beschlossenen Sparmaßnahmen, d. h. vor allem der Reorganisation der Verwaltung sowie die Anwendung des Ermächtigungsgesetzes ihrer Nachfolgerin überlassen werde. Poincaré gibt sich damit den Anschein, als ob er sein eigenes Werk sabotieren wolle. In Wirklichkeit aber gibt es hier herzlich wenig zu sabotieren. Denn die ganze Finanzreform des Frühjahres ist mehr oder weniger fallade gewesen, die dazu dienen sollte, den Wählern Sand in die Augen zu streuen, die aber für sich allein nicht ausreichen konnte, den Kurs des Franken dauernd zu stabilisieren. Wenn dieser heute unmittelbar nach den Wahlen seine Abwärtsbewegung in schärfster Form fortsetzt, so hat das nicht das mindeste mit dem Sieg der Linken zu tun, wie das die reaktionäre Presse darzustellen versucht, sondern die neue Basis ist ganz einfach darauf zurückzuführen, daß die Regierung die Interventionsläufe eingestellt hat, die lediglich dazu bestimmt waren, den Frank während der Wahlkampagne hochzuhalten. Man hatte bisher die auswärtigen Devisen weit unter ihren effektiven Wert herabgedrückt und so die wirtschaftlichen Interessen den politischen geopfert. Heute, da der Wahlkampf geschlossen ist, überläßt man die Währung aufs neue dem freien Spiel der Kräfte.

Die reaktionäre Presse macht aus der Schwere der Niederlage des Nationalen Blocks kein Hehl. Wenn einzelne rechtsstehende Organe Poincaré selbst dafür verantwortlich machen mit der Begründung, er habe es nicht gewagt, sich offen zu seiner Mehrheit zu bekennen und für sie den Wahlkampf aktiv zu führen, so zeigt das, daß man im nationalistischen Lager den Sinn und die Bedeutung des Wahlergebnisses noch immer nicht erkannt hat. Denn gerade die Berufung auf die Politik Poincarés war es, die dem Nationalen Block den Hals gebrochen hat. In der Presse der Linken ist die Genugtuung über den alle Hoffnungen übersteigenden Erfolg groß. So schreibt der sozialistische 'Populaire', die Stärke des Kurses nach links, die die Wahl charakterisierte, sei ohne Beispiel in der Geschichte der dritten Republik. Der schwere Abdruck fünf langer Jahre der Reaktion im Innern und des Nationalismus nach außen sei end-

lich gemichen, und man könne jetzt endlich in Frankreich wieder frei atmen. Das Gewerkschaftsblatt 'Peuple' sieht in dem Ausfall der Wahl in erster Linie ein Bekenntnis zum Frieden. Aber dieser Friede müsse erst geschaffen werden. Das Programm der Experten harre der Durchführung und mit ihm das Reparationsproblem einer friedlichen Lösung. Die Völkerbundakte sei noch immer toter Buchstabe. Die Lösung der Sicherheitsfrage, die nur auf der Basis der Gegenseitigkeit gefunden werde, müsse auf der Grundlage eines allgemeinen Garantievertrages angestrebt werden. Im Innern bedeute die neue Kammer den Fortschritt, aber auch dieser müsse erst errungen werden. Es gäbe keine neue Politik ohne eine gründliche Umstellung in den Beziehungen zwischen den Menschen und den Völkern untereinander. - In der 'Ere Nouvelle' mahnt der greise Victor Basch die Linke, den Mut zu der Politik zu haben, für die am Sonntag sich die Mehrheit des französischen Volkes ausgesprochen habe. Es dürfe kein Zaudern und kein Zögern, kein Schwanken und kein taktisches Mandorieren mehr geben. Ueber die Beziehungen zu Deutschland heißt es: Das demokratische Frankreich verlangt von Deutschland gerechte Reparationen. Dafür aber sei es bereit, ihm die Hand zur Versöhnung entgegenzustrecken, ihm zu helfen, seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit wiederzugewinnen und ihm die Tür zum Völkerbund aufzuschließen. Bisher habe Deutschland für seinen Widerstand gegen die Politik der Erfüllung in den Methoden Poincarés eine gewisse Entschuldigung gehabt. Das aber werde künftig nicht mehr der Fall sein. Die neue Kammer sei für eine Politik der Versöhnung, aber diese Tendenz müsse ein Echo in Deutschland finden.

Unerwartet gemäht ist die Sprache einzelner der größten Boulevardblätter, wie des 'Matin', die bereits die eigene Umstellung auf die neue Regierungsmehrheit vorbereiten scheinen.

Der Durchfall der Militaristen.

Paris, 13. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Wahlen zur französischen Kammer sind in mehr als einer Hinsicht charakteristisch. Zunächst muß festgestellt werden, daß die militaristische Partei ihre beiden Führer in der Kammer, General de Castelnau und den früheren Kriegsminister André Lefèvre, verloren hat. Mit diesen Haupten der militaristischen Partei sind die Kreaturen Clemenceaus, Tardieu und Mandel (der eigentlich Reichsritt heißt), gleichfalls von der Parlamentarische verschwunden. Mandel war es gewesen, der als Kabinettschef Clemenceaus seinerzeit die skandalöse Verurteilung von Maloy und Cailleur betrieben hat. Dieser Durchfall wird um so mehr unterstrichen, da gleichzeitig Maloy gewählt worden ist. Damit hat das Volk das Gesamturteil des Senats, das auf Befehl der Regierung Clemenceau und unter dem Druck der Kriegspolizei zustande kam, zerrissen. Daß gleichzeitig mit der Niederlage der Lefèvre, Tardieu und Mandel auch der Führer der Royalisten, Daudet, der der Hauptbeher bei allen politischen Prozessen war, und Arago, der Führer des Nationalen Blocks, der kürzlich infolge einer Steuerhinterziehungssache sehr kompromittiert worden ist, bei den Wahlen durchfielen, ergänzt das Volksurteil. Es ist nicht minder charakteristisch, daß die seitherigen Exponenten der poinecaristischen Regierungspolitik, Lafontrie, der vorige Finanzminister Poincarés, Maunoury, der Innenminister, der alle reaktionären Maßnahmen Poincarés bedeckte, und Vidal, früher das Haupt der linksgerichteten Kriegsschädigtenorganisation, der sich gleichfalls für ein Ministerpostulanten an den Nationalen Block verlaufte, bei den Wahlen sämtlich durchfielen. Damit haben die Wahlen nicht nur eine politische Schwächung der Politik Frankreichs vollzogen, sondern auch moralisch Gericht gehalten über die Träger der seitherigen Politik. Frankreich hat damit seinen Willen bekundet, daß es eine Politik der ehrlichen Verständigung anstrebt. An dem deutschen Volke und an dem Deutschen Reichstag wird es nun liegen, darauf die entsprechende Antwort zu geben.

569 Abgeordnete gewählt.

Paris, 13. Mai. (W.B.) Das Innenministerium veröffentlicht eine Statistik, wonach 569 Wahlergebnisse unumstößlich fest stehen, die wie folgt verteilt sind: Royalisten 20, Republikanische Entente 117, Linksrepublikanische, Linksdemokraten 75, Radikale 139, Republikanische Sozialisten 35, Sozialisten 102, Kommunisten 29. Der nationale Block hat somit 244 und der Linksbloc 276 Sitze. Es fehlen noch 10 Resultate aus den Kolonien. Ein Refusit aus dem Norddepartement ist zweifelhaft.

Paris, 13. Mai. (W.B.) Einer der neuen kommunistischen Abgeordneten, Doriot, befindet sich gegenwärtig im Gefängnis, wo er wegen Aufregung der Soldaten zum Ungehorsam eine Strafe von 10 Monaten verbüßt. Er wird bei Beginn der neuen Legislaturperiode der Kammer freigelassen werden.

Paris, 13. Mai. (W.B.) In Französisch-Guayana ist der Direktor des Pariser 'Homme libre' Eugene Lautier, in Senegal der unabhängige Sozialist Diague gewählt.

Die Bergarbeiter-Tragödie.

Leistungen und Löhne.

Die Geistesrichtung in der Schwerindustrie, die über Technik und Industrie, über Arbeitserfolg und Wertvergütung nicht hinausgekommen ist, und infolgedessen nicht von den Menschen, sondern von den Dingen ausgeht, hat durch die ebenso ungerechtfertigte wie törichte Ausperrung der Ruhrbergarbeiter neues großes Unheil angerichtet, dessen Folgen nicht abzusehen sind. Den Ruhrbergarbeitern sind seit Jahren unmögliche Belastungen und Leistungen zugemutet worden und so mühten schließlich alle sittlichen Postulate und alle Versuche, durch äußerlich rechtliche Regelung tief wurzelnde Naturprozesse zu regeln, kläglich versagen.

Lassen wir zunächst einmal Zahlen reden. Nach der amtlichen Statistik hat sich der Schichtförderanteil je Arbeiter im Ruhrbergbau in den Jahren 1913, 1920, 1921, 1922 wie folgt gestaltet:

Table with 6 columns: Year, Dauer und Vehrhauser (Z., Proz.), Sonstige Untertagearbeiter (Z., Proz.), Arbeiter insgesamt (Z., Proz.). Rows for 1913, 1920, 1921, 1922.

Bergleiche sind nur zulässig unter gleichen Verhältnissen und Voraussetzungen, die aber hier nicht gegeben sind. Die Höhe des Schichtförderanteils ist abhängig von der Eignung und Leistungsfähigkeit der Arbeiter, den Flöz- und Gebirgsverhältnissen, der Organisation des Betriebes, der Materialwirtschaft, der Bagengestaltung, der Zusammensetzung der Belegschaft usw. Der Schichtförderanteil bildet also nicht einmal einen Maßstab für die Bemessung der Leistung der Arbeiter. Einen solchen gibt es im Bergbau überhaupt nicht. Die Leistung läßt sich immer nur von Fall zu Fall, und auch dann nicht einmal zuverlässig ermitteln, weil sich die leistungsbemessenden Faktoren nie ganz übersehen lassen.

Der beste Maßstab für die Leistung ist die Leistungsfähigkeit der Arbeiter, die hauptsächlich abhängt von ihrer Entlohnung, und wir haben die vorstehende Uebersicht hauptsächlich gebracht, um nach dieser Richtung Vergleiche zu ermöglichen. Nach der amtlichen Statistik betragen die Löhne im Durchschnitt der Jahre 1913, 1920, 1921, 1922 - für die Jahre 1920 bis 1922 nach dem Berliner amtlichen Dollarmittelkurs umgerechnet - je Arbeiter und Schicht im Ruhrbergbau:

Table with 6 columns: Year, Dauer und Vehrhauser (M., Proz.), Sonstige Untertagearbeiter (M., Proz.), Arbeiter insgesamt (M., Proz.). Rows for 1913, 1920, 1921, 1922.

Obwohl diese Uebersicht für die Jahre 1920 bis 1922 keine absoluten, sondern nur Annäherungswerte zeigt, weil die Lebenshaltungskosten in dieser Zeit durchschnittlich unter dem amtlichen Dollarmittelkurs lagen, gestattet sie doch Vergleiche mit dem Schichtförderanteil. Gemessen an den Löhnen ist der Schichtförderanteil in a n a c h nicht gesunken, sondern gestiegen. Der Wille zur Leistungssteigerung war also bei den Bergarbeitern im höchsten Maße vorhanden, aber er wurde systematisch unterbunden durch die beispiellos törichte Lohn- und Scharfmacherpolitik der einleitend gekennzeichneten Geistesrichtung.

Für das Jahr 1923 liegen noch keine amtlichen Zahlen vor. Wenn wir die tatsächlichen Durchschnittslöhne aller Arbeiter und die Spitzenlöhne der Zimmerhauer für die jeweilige Geltungsdauer, umgerechnet nach dem Berliner amtlichen Dollarmittelkurs einsehen, dann ergibt sich folgende Uebersicht (in Mark):

Table with 3 columns: Year, Durchschnittslöhne, Spitzenlöhne. Rows for 1. Viertel 1923, 2. 1923, 3. 1923, 4. 1923.

Wenn diese Uebersicht auch keine absoluten, sondern nur Annäherungswerte zeigt, so läßt sich doch wenigstens annähernd erkennen, in welchem Ausmaße die Realitäten inmitten des Papiermarkennebels übersehen werden konnten auf Kosten der Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter. Nach Aufgabe des passiven Widerstandes trat zu alledem noch eine monatelange Arbeitslosigkeit, wodurch die Verelendung weiter gesteigert wurde. Trotzdem haben die Bergarbeiter sich zur Mehrarbeit bereit erklärt und der Schichtförderanteil stieg infolgedessen in März 1924 auf 0,880 Tonnen je Arbeiter, das sind 94,02 Proz. des Schichtförderanteils von 1913. Glänzender kann der Opferwille der Bergarbeiter nicht bewiesen werden als durch diese Tatsache. Aber statt diesen Opferwillen nun anzuerkennen und die Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter durch entsprechendes Entgegenkommen in Lohn- und sonstigen Fragen zu steigern, geschah das genaue Gegenteil. Selbst das Organ des Gewerkschaftsbundes christlicher

Bergarbeiter, der „Bergknappe“ schrieb am 26. April 1924 u. a.:

„Es gibt keinen Beruf in Deutschland, der besonders während des Krieges so lange und schwer gearbeitet hat wie der Bergmann. Und auch nach dem Kriege wurde gerade im Bergbau mit einzelnen Unterbrechungen Heberarbeit geleistet bei gänzlich unzureichenden Löhnen...“

„Was sich die einleitend gekennzeichnete Geisteszrichtung besonders in der letzten Zeit geleistet hat, ist wirklich so töricht und unerträglich, daß man es nicht fassen kann. Man hat den Ruhrbergarbeitern nicht nur die ganzen Wicumlasten aufgebürdet, sondern sie auch noch obendrein materiell und seelisch mit Füßen getreten.“

Die Zeit der Blöcke.

Schwarzweißroter Block gegen Mittelblock - „Opposition mit allen Mitteln“.

Die Ankündigung, daß die bisherigen drei Regierungsparteien - Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten - möglicherweise im Reiche eine einheitliche Fraktion bilden könnten, hat im Lager der Deutschnationalen eine Aufregung hervorgerufen, die man den „Siegern“ vom 4. Mai wirklich nicht zugezählt hätte.

Inzwischen ist nur ein Block bisher entstanden, von dem man die Gemüter annahm, daß er längst vorhanden wäre. Deutschnationale und Nationalsozialisten, die gemeinsam den Wahlkampf geführt haben, lassen jetzt mitteilen, daß sie sich im Reichstag zu einer einheitlichen Fraktion unter dem Titel „Nationalsozialistische Freiheitspartei“ zusammengeschlossen hätten und auch außerhalb des Reichstages

gemeinsam aufzutreten beabsichtigten. Merkwürdig: Bisher hat man nur gewußt, daß die in Preußen verbotenen Nationalsozialisten sich unter die parlamentarischen Fraktionen der Graefe-Partei begeben hatten und als deren Bestandteil anzusehen seien.

Ueber den gefährdeten „Block der Mitte“ äußert sich das Zentrumblatt, die „Germania“, referenziert, aber stark zustimmend. Sie bezeichnet den Plan als einen Ausdruck des Verantwortungsbewußtseins seiner Väter.

Es ist anzunehmen, daß sich am 4. Mai die Gegner der Annahme (der Sachverständigenkommission) für die Reichspartei und die Kommunisten, und die Gegner der Ablehnung für die Mittelparteien und die Sozialdemokraten entschieden haben.

Wenn die Mittelparteien aus dieser Aufstellung die Folgerung ziehen, daß ihr gemeinsames Auftreten als Fraktionsgemeinschaft zweckmäßiger sei, denn ein getrenntes Marschieren, so kann das zur Vereinfachung der parlamentarischen Entscheidungen wesentlich beitragen.

Die Sozialdemokratie wird neben den beiden großen „Blöcken“ bestehen als innerlich einheitliche Partei, die zwar vorübergehend geschwächt, aber doch immer noch eine so starke Fraktion darstellt, daß man sie nicht ignorieren darf.

Wir verzeichnen die Aufregung jener Leute, die sich nach der „Futterkrippe“ heiser schreien, ohne uns dadurch irgendwie beeinflussen zu lassen.

Völkische Forderungen.

München, 13. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der „Frontkriegerbund“, dessen Mitglieder einen Hauptteil der völkischen Bewegung ausmachen, will mit folgenden Forderungen an die völkische Reichstagsfraktion herantreten: 1. Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk.

8. Bevorzugter Anteil der Frontkämpfer an der Regierung. 9. Abschaffung weiterer feindlicher Militärkontrollen. 10. Kampf gegen die Schuldfrage. 11. Antirassische Propaganda über das Wüten der Franzosen am Ruhr und Rhein.

Ein Vorstoß der Reaktion.

Leipzig, 13. Mai. (Epa.) Die Deutschnationale Landtagsfraktion hat einen umfangreichen Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, dem Landtag eine Novelle zur Gemeindeordnung vorzulegen.

Landtags Sitzung am 20. Mai.

Die nächste Sitzung des Landtages findet am Dienstag, den 20. Mai, nachmittags 3 Uhr, statt. Vorher tritt der Landesrat zusammen.

Kommunistischer Antrag wegen Halle.

Der kommunistische Fraktion des Landtages hat einen Antrag eingebracht, der in schärfster Weise gegen die Vorgänge bei der Einweihung des neuen Rolite-Denkmals in Halle Stellung nimmt und den Landtag auffordert, zu beschließen: „Die Angehörigen der erschossenen und verwundeten Arbeiter sind aus der Staatsliste zu unterziehen.“

Preussens Reichshaushalt.

Der Hauptausschuß des Landtages begann am Dienstag die Beratung des Etatansatzes für 1924. Die Aufstellung des Gesamtansatzes hat sich in diesem Jahre wegen der Umstellung auf Goldmark sehr stark vergrößert, so daß eine Reihe dringlicher Ausgaben, insbesondere für begonnene Bauten, vorweg genehmigt werden sollen.

Der Selbstmord des Scharfrichters.

Von Peter Squenz.

In einer Spanne von drei Monaten haben zwei Scharfrichter ihrem Leben ein Ende gemacht. Damals war es ein Henker des Namens Spaethe, der den Tod seiner Frau nicht überleben wollte.

Solch ein Scharfrichterselbstmord ist eine seltsame Angelegenheit. Hundertmal hat er angeden das Leben in aller Kalblässigkeit getürzt. Bisherig findet er auf dem imaginären Richtstuhl statt jedes anderen Delinquenten sich selbst vor.

„Der Tod ist eine harte Angelegenheit“, denkt er jetzt gewiß, nachdem er selbst zu der Bewußtheit gekommen ist, nicht weiterleben zu können.

„Wie hängen sie so am Leben, sie haben keine Aussicht, je etwas anderes als Ofterfenster zu sehen, aber wie kammern sie sich selbst an diesen letzten, kümmerlichen Rest!“

Und der Scharfrichter, geübt im Gebrauch des tödlichen Beiles, muß sich den Kopf über die eigene Todesart zerbrechen. Erhängen, erschießen, was soll er sich antun? Es muß recht schmerzlos sein, friedlich möchte man sterben, da es schon einmal vor der Zeit geschehen muß.

Friedlich - sind sie alle friedlich gestorben, die von seiner Hand verbluteten? Sie haben getracht, gebissen, um sich geschlagen, keine Gehüfen haben sie selbsthaben müssen. „Der Tod ist eine sehr harte Angelegenheit.“ Er möchte friedlicher sterben als seine Opfer!

Dies glaube ich sicher: Wenn man die Scharfrichter, die in den Freitod gehen, fragen könnte - vor ihrer letzten Stunde - ob ihr Gewerbe bestehten bleiben soll oder ob er einer humaneren Form menschlicher Rechtsprechung weichen möge, - diese Praktiker der Todesstrafe würden dann am allerwilligsten für ihre Abschaffung plädieren!

Hundertachtundzwanzig Menschenköpfe abgeschlagen und dann eine Kugel in den eigenen Kopf! Wenn man mir das allerschlimmste Leben andeute um den Preis einer Todesstrafe, wie sie dieser Mann ertragen haben muß. - Sicher möchte ich das allerletzte Wort: aber zwischen hundertachtundzwanzig Menschenrumpfen möchte ich nicht als der Hundertneunundzwanzigste und als ihrer aller Henker sterben!

Strindberg und die Frauen.

Heute sind zwölf Jahre vergangen, seit Strindberg in Stockholm gestorben ist. Wenn wir versuchen, rückschauend sein Werk zu würdigen, dann werden wir uns mit besonderer Deutlichkeit des großen Abstandes bewußt, der die moderne Frau unserer Tage trennt von den Frauen, die in Strindbergs Werk leben.

In seinen Frauengestalten, die Strindberg dem Titel eines Weiberfeindes eingetragen haben, spiegelt sich ganz allgemein die Schwierigkeit für einen schöpferisch Tätigen, mit einem anderen Menschen in einer so engen und dauernden Verbindung, wie sie die Ehe darstellt, zu leben.

Dreimal war Strindberg verheiratet. Dreimal wurde er wieder geschieden. Seinen schmerzlichen Erfahrungen hat er in seinen Dichtungen ein Ventil geöffnet. Verdüsterung, die niemals größer ist, als wenn aus Liebe Haß entsteht, hat ihn ein Bild der Frauen entwerfen lassen, das von einer gerechten Würdigung weit entfernt ist.

Strindberg war ein innerlich zertrüffelter Mensch, für den fast jede Berührung mit der Außenwelt zu einem schmerzhaften Erlebnis wurde. Er war weit entfernt von der beideren Gelassenheit Goethes, der in vollkommener Harmonie mit einer Christina Vulpius zusammenlebte, die an Bildung weit unter ihm stand, deren frische lebensvolle Persönlichkeit sich aber an der Seite Goethes ungehemmt entfalten konnte.

Innerlich weit ist diese Atmosphäre eines fest in sich ruhenden harmonischen Menschen entfernt von derjenigen Strindbergs. Da finden wir nicht dieses gegenseitige Bewahren und Bewegen zwischen Christinen, wie es in Strindbergs Werken immer wiederkehrt. Strindberg gab ein, allerdings verzerrtes, Bild der Frauen am Ende des vorigen Jahrhunderts: Starkes Selbstbildelbesessen und in der Ehe ein Machtkampf um die Durchsetzung ihrer eigenen Persönlichkeit. Eine neue Note ist inzwischen in das Frauenleben hineingekommen. Das geistige und seelische Zentrum der Frauen liegt nicht mehr ausschließlich in ihren Beziehungen zum anderen Geschlecht. Andere Interessen, Entwicklungs- und Betätigungsmöglichkeiten beanspruchen einen Teil der Frauenkräfte. Es scheint sich eine Zukunft Bahn zu brechen, in der Frauen, deren Lebensinhalt ausschließlich durch ihr Verhältnis zum Mann bestimmt wird, ebenfalls zu Ausnahmeseinungen gehören wie in der Gegenwart ein Strindberg, dessen Leben und Schaffen weit über seine Jugendjahre

hinaus in besonders starker Weise beeinflusst wurde von seiner Beziehungen zur Frau.

Liedertabend des Negerlenors Roland Hayes. Wir glaubten den großen Klavierspieler des Negerlenors Roland Hayes, der nach Berührung der größten ausländischen Musikzentren nun auch in Berlin im Beethovensaal sang, leicht nehmen zu dürfen, aber je länger ich ihm zuhörte, um so mehr verstand ich die begeisterten Kritiken, in denen ihm Wien, Paris, London, Prag, New York, Chicago, Boston huldigen.

Die neue Schauspielendbank des Kölner Stadttheaters. Der seitliche Generalintendant des Darmstädter Stadttheaters Gustav Hartung wurde zum Schauspielintendant an die Vereinigten Stadttheater in Köln berufen.

Englische Jantarische auf dem Kontinent. Das englische Unterrichtsministerium veröffentlichte eine Liste von vierzig Jantarischen auf dem Kontinent für den Unterricht in den neuen Sprachen und anderen Vorkursfächern.

Die „Kassenkammer“. Der bekannte Göttinger Mathematiker Professor Felix Bernstein hat sich besonders als Verfechter von mathematischer und statistischer Kassenkammer gemacht hat, hat neuerdings festgestellt, wie weit die Kassenkammer von der Masse beeinflusst werden; hierdurch wäre der Wissenschaft eine neue Möglichkeit zur Erforschung der Kassenkammer gegeben.

Jeder Minderheitsentscheidungs abgelehnt.

Neue Landtagsordnung in Thüringen.

Weimar, 13. Mai (Eigener Drahtbericht.) Der Thüringische Landtag beschloß in der Dienstagtagung eine neue Geschäftsordnung, die eine beträchtliche Beschneidung der Rechte der Minderheiten bringt. Die sozialdemokratische Fraktion stellte verschiedene Änderungsanträge, die von den Ordnungsparteien jedoch reslos abgelehnt wurden. Infolgedessen sah sich die Fraktion gezwungen, die Geschäftsordnung in der Schlussabstimmung abzulehnen. Sie gab folgende Erklärung ab:

„So sehr die Fraktion der SPD. damit einverstanden war, daß an Stelle der vorläufig übernommenen Geschäftsordnung des ehemaligen Weimarer Landtages eine verbesserte Geschäftsordnung für den Landtag von Thüringen geschaffen werden sollte, muß sie jedoch nach Abschluß der Beratung feststellen, daß eine wesentliche Verbesserung nicht vorgenommen worden ist. Wichtige Anträge, die von der SPD-Fraktion gestellt worden sind und die geeignet gewesen wären, dem Schutz der Minderheiten zu sichern, sind von der Mehrheit des Landtags abgelehnt worden. Die getroffenen Vorkehrungen geben uns zu den schmerzlichen Bedenken Anlaß. Da auch die Präsidienwahl zu Beginn der Landtagssitzung von der Mehrheit des Landtags in Abweichung von der geschäftsordnungsmäßigen und parlamentarischen Übung vorgenommen worden ist, steht die Fraktion der SPD. der Landtagsmehrheit mit größtem Mißtrauen auch hinsichtlich der Geschäftsordnung gegenüber. Aus diesem Grunde ist sie nicht in der Lage, in der Schlussabstimmung für die Geschäftsordnung zu stimmen. Zur Wahrung der Parlamentsminderheitsrechte stimmt sie daher gegen die Geschäftsordnung.“

Die neue Geschäftsordnung sieht u. a. eine Einschränkung der Redezellen vor und überträgt dem Präsidenten des Hauses größere Rechte.

Landtagsabgeordnete vor Gericht.

Die Kommunistenobstruktion vom 7. Mai.

Die Vorgänge am 7. Mai 1923, die zum Ausschluß des kommunistischen Abgeordneten Paul Hoffmann aus dem Sitzungssaal des Landtages führten, hatten am Dienstag ein gerichtliches Nachspiel vor dem erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsrichters Dr. Kestner. Unter der Anklage des Widerstandes gegen die Staatsgewalt, der wirklichen und täuschlichen Beamteneidung und der Befangenheitsverletzung hatten sich die Landtagsabgeordneten Scholem, Sobotta und Frau Rosi Wolfstein zu verantworten. Die Anklage vertrat Oberstaatsanwalt v. Kaufmann, während die Angeklagten durch ihren Fraktionskollegen, Rechtsanwalt Dr. Obuch, verteidigt wurden.

Am 4. Mai vorigen Jahres war der kommunistische Abgeordnete Scholem, wie erinnert, vom Präsidenten Weimert von den Sitzungen des Landtages ausgeschlossen worden. Er war aber in der nächsten Sitzung wieder erschienen und die Verhandlung konnte nicht weitergeführt werden durch die Obstruktionen der Kommunisten. Infolgedessen war am 7. Mai Polizeisur Hilfe gerufen worden, die den ausschließlichen Abgeordneten am Betreten des Saales hinderten. Die Kommunisten obstruierten weiter und Vizepräsident Garnich schloß den kommunistischen Abgeordneten Paul Hoffmann aus. Dieser weigerte sich, den Saal zu verlassen, worauf die Sitzung vertagt wurde. Hoffmann wurde durch Schupobeamte und Beamte der Abteilung IA gewaltsam entfernt. Hierbei sollen die drei Angeklagten verletzt haben, das Eingreifen der Polizei zu verhindern.

Scholem wird beschuldigt, einem Beamten vor die Brust gestoßen zu haben und die anderen mit den Worten „Spieß“, „Schlund“, „Polizeihunde“ und anderen Worten beschimpft zu haben. In seiner Vernehmung bestritt er, daß er sich den Beamten, wie die Anklage lautet, in den Weg gestellt habe, um sie zu verhindern, an Hoffmann heranzukommen, im Gegenteil, er sei von den Beamten verewaltigt und in das Arrestlokal geschleppt worden.

Der zweite Angeklagte Sobotta wird beschuldigt, die Befreiung Hoffmanns versucht zu haben nach der Angabe eines Beamten soll er mit den Händen hinter dem Rücken der Beamten herübergehüpft haben. Der Angeklagte bestritt das, da er acht bis zehn Rente von Hoffmann entfernt gesehen habe.

Die Angeklagte, Frau Rosi Wolfstein, wird der Beleidigung der Beamten beschuldigt. Sie soll den Beamten zugerufen haben: „Schlundhunde“, „Polizeihunde“. Sie gibt zu, diese Worte gebraucht zu haben, aber sie hätten sich gegen die Sozialdemokratie gewendet. Sie gab an, daß sie nochmals außerhalb des Saales einen höheren Polizeibeamten mit den Worten „Feldling“, „Spieß“, „Polizei“ beschimpft hätte. Das sei aber nicht Gegenstand der Anklage.

Oberregierungsrat Weiß vom Polizeipräsidium bekundet als Zeuge: „Es wurde mir mitgeteilt, daß kommunistische Abgeordnete im Landtag Standesbesessenen inszenieren. Ich begab mich wunschgemäß zu dem Parlamentspräsidenten Garnich und es fand eine Besprechung statt, die mit dem Auftrag endete, den Abgeordneten Hoffmann aus dem Saal zu entfernen. Dem Auftrag erhielt Polizeimajor Dietrich. Da ich die Gepflogenheiten der Kommunisten kannte, sah ich voraus, daß auch die anderen Abgeordneten Widerstand leisten würden und beauftragte meine Beamten, auf strafbare Handlungen Obacht zu geben und sofort zur Feststellung zu schreiben und die betreffenden Festgenommenen nach Zimmer 6 zu bringen.“

An den Zeugen werden von den Verteidigern und den Angeklagten zahlreiche Fragen gestellt, bis der Vorsitzende schließlich weitere Fragen ablehnt und die Vernehmung für beendet erklärt.

Der Staatsanwalt ließ gegen Sobotta die Anklage fallen, da der einzige Belastungszeuge, ein Polizeiunterwachsmann nur unbestimmte Angaben hätte machen können. Er hielt die Angeklagten Scholem und Frau Rosi Wolfstein der Beleidigung, Scholem auch des Widerstandes für schuldig. Eine Genehmigung des Landtages sei nicht erforderlich, weil die Angeklagten auf frischer Tat bei ihrer strafbaren Handlung getroffen worden seien. Bei dem Strafmaß sei zu berücksichtigen, daß die Angeklagten sich als Wärter ihrer Freiheit bedroht und aus Prinzip gegenbehalten hätten. Der Anklagerevertor beantragte gegen Scholem wegen Widerstandes auf 60 R. und wegen Beleidigung auf 30 R.; gegen Frau Wolfstein wegen Beleidigung auf 30 R. Geldstrafe. Das Urteil lautete dem Antrage des Staatsanwalts gemäß.

Hitler-Putsch / Amtsanmaßung.

München, 13. Mai. (WZ.) Vor dem Volksgericht München hatte sich der zum völkischen Reichstagsabgeordneten gewählte Ingenieur Feder, der zum Finanzminister der am 8. November ausgerufenen „nationalen Regierung“ in Aussicht genommen war, wegen Beihilfe zum Hochverrat zu verantworten. Das Gericht verurteilte ihn indes lediglich wegen Amtsanmaßung zu einer Geldstrafe von 30 R.

München, 13. Mai. (WZ.) Im Münchener Stadtrat stellte die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag, in dem sie das Direktorium ersucht, bei den zuständigen Stellen Beschlüsse über die immer mehr von Anhängern der Nationalsozialistischen Partei zunehmenden Beleidigungen, Beschimpfungen und Mißhandlungen solcher Personen zu erheben, die als Angehörige demokratischer oder sozialistischer Parteien bekannt sind. In der Begründung des Antrages wurde ausgeführt, daß in letzter Zeit auch sozialistische Mitglieder des Stadtrates angepöbelt, beschimpft und sogar mißhandelt worden seien. Der Antrag wurde nach längerer Aussprache einstimmig angenommen.

Der Rechtsbruch der Zechenbesitzer.

Erklärung der Bergarbeiterorganisationen.

Bochum, 13. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Reichskommissar Mehlisch steht in fortwährender Fühlungnahme mit den Zechenindustriellen und den vier Bergarbeiterorganisationen, um durch verbindliche Vorbereitungen den Weg zu schnellen und erfolgreichen Verständigungsverhandlungen, die am Mittwoch beim Reichsarbeitsminister stattfinden werden, zu ebnen. Der Verlauf der letzten Verhandlungen zwischen Unternehmern und Bergarbeitern zeigt, daß die Parteien den formalen Rechtsstandpunkt in den Vordergrund rücken.

Die Auffassung der Bergarbeiterorganisationen über den Rechtsstandpunkt ergibt sich aus folgender Darlegung:

Die bei den geistigen Verhandlungen abgegebene Erklärung des Zechenverbandes fußt auf einer mit den tatsächlichen Verhältnissen in Widerspruch stehenden Auslegung der Rechtslage. Wir müssen nochmals betonen, daß für die Unternehmer eine Rechtsgrundlage für die Maßnahme der Aussperrung nicht gegeben war. Am 3. Mai wurden bei den Verhandlungen in Hamm die beiden Schlichtsprüche vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt. Da mit der Verbindlichkeitsklärung gleichzeitig eine Abänderung der gefällten Schlichtsprüche erfolgte, konnte die ausgesprochene Verbindlichkeitsklärung nach dem klaren Wortlaut des § 25 der zweiten Ausführungsverordnung über das Schlichtungsverfahren vom 29. Dezember 1923 erst dann in Kraft treten, wenn beide Parteien der Abänderung zugestimmt hätten. Eine Partei, die der Arbeitgeber, stimmte sofort zu, während die Partei der Bergarbeiterorganisationen sofort Revierkonferenzen einberief, die Stellung zu dieser veränderten Sachlage nehmen sollten. Noch ehe diese Konferenzen für Dienstag, den 6. Mai, einberufen waren und sich für Zustimmung oder Ablehnung aussprechen konnten, sperrten die Unternehmer einer großen Anzahl von Zechen die Bergarbeiter, die vor Stellungnahme der Konferenz die Verbindlichkeitsklärung nicht anerkannten, aus. Dieses Vorgehen stellt

den Rechtsbruch der Zechenbesitzer

dar, der sehr wesentlich dazu beigetragen hat, daß die Revierkonferenz vom Dienstag, den 6. Mai, die Verbindlichkeitsklärung nicht anerkannte. Mit dieser Nichtanerkennung war die Rechtslage so gespannt, daß eine der Parteien der erfolglosen Abänderung der Schlichtsprüche nicht zugestimmt hat. Damit war auch keine Möglichkeit gegeben, die Verbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitsministeriums als rechtsgültig anzusehen.

Die Öffentlichkeit und der Ruhrkampf.

Heute unternimmt der Reichszentralrat einen Versuch, eine Einigung im Ruhrkampf herbeizuführen. Die Zechenbesitzer haben alles getan, um die Einigungsaussichten zu verschlechtern. Mit rücksichtsloser Brutalität haben sie bis heute an ihrem Unterdrückungswillen festgehalten. Daß sie das wagen können, trotzdem ihre eigene Presse ihre Brotpolitik des Kampfes nicht zu billigen wagte, ist auf ein Versagen der öffentlichen Meinung zurückzuführen.

Das Recht der Bergarbeiter ist über allen Zweifel erhaben. Wir geben folgende Stimmen über das Wesen dieses Kampfes wieder: Im „Berliner Tageblatt“ legt Th. Bralla, Sekretär der Hirsch-Dunckerischen Bergarbeiter-Gewerkschaften dar, daß die Unternehmer den Kampf durch ihre Zwangsmaßnahmen provoziert haben. Er schreibt:

„Der Kampf im Ruhrgebiet stellt eine Rechtsprobe der dortigen Schwerindustrie dar und geht nicht so sehr um die Verlängerung der Arbeitszeit, als vielmehr um die Behauptung oder Zerstückelung des Montanarbeitsvertrages.“

In einer Massentendgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Klärung der Öffentlichkeit sagte der Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins Christlicher Bergarbeiter, Imbusch, ausdrücklich:

„Es liegt kein politischer Streik vor, ja, überhaupt kein Streik: die Bergarbeiter wollten die bisherige Arbeitszeit leisten, die Unternehmer aber wollten rücksichtslos den Kampf, um die Arbeiterorganisationen zu brechen, die Bergarbeitervereine, die Tarifverträge und den Urlaub der Arbeiter zu beseitigen.“

Eine darauf gefasste Entschliebung der Versammlung sprach den ausgesperrten Bergleuten Sympathie aus, erklärte, daß der Geist der rheinisch-westfälischen Bergbauunternehmer einen gefunden Ausgleich der sozialen Interessen verhindert habe und forderte, angesichts der Gefahren für die deutsche Wirtschaft, für Volk und Vaterland, aus der Verminderung der Kohlenförderung, die Regierung auf Schritte zur Beilegung des Streikes zu tun.

Das Organ Stegerwalds, „Der Deutsche“ vom 13. Mai schreibt:

„Dabei fühlt jeder Unvoreingenommene im Ruhrgebiet, daß dieser ganze Kampf, soweit man eben nicht die durch die Wicunverträge herbeigeführte Notlage verantwortlich macht, nur der Auswirkung der unmöglichen Praxis des Arbeitgebers; zum in den letzten Monaten zu großen Teilen zuzuschreiben ist. Daher ist auch nie im Ruhrgebiet ein Wirtschaftskampf geführt worden, in dem die Sympathien so auf der Seite der Arbeitnehmer waren, wie in diesem Kampfe.“

Die tiefere Ursache der ganzen Bewegung wie auch der radikalen Welle ist und bleibt die große Not der Bergleute. Die Leute gehen bei schwerster Arbeit vielfach mit Monatslöhnen von 30 bis 100 R. nach Hause. Der Durchschnittslohn mag sich auf 120 bis 130 R. belaufen. Wie mit solchen Löhnen ein Arbeiter seine

vier, fünf, sechs und mehr Kinder ernähren soll, bleibt das Geheimnis derjenigen, die derartige Zustände billigen wollen. Diesen Löhnen steht vielfach eine Preissteigerung der Lebenskosten vom Einemhalb- bis Zweifachen der Vorkriegszeit gegenüber. Man muß die armen Kinderchen der Bergleute gesehen haben, hochläufig, schmal, schwächlich, unterernährt, man muß die in Gruppen umherstehenden Bergleute selbst beobachtet haben, um sich ein Bild des grenzenlosen Elendes dieser Armen machen zu können. Man muß ihren Reden gelauscht haben, um sie zu verstehen. Das „Schlappmachen“ vor der Arbeit ist wieder wie im Stedrübenkriegsjahr an der Tagesordnung. Sie sind unterernährt, und deshalb, was auch alles des Konfliktes Ursache mit gewesen sein mag, die eigentliche Ursache ist das unzulängliche Einkommen.“

Diese Leiden haben die Bergarbeiter auf sich genommen, weil sie die Zwangslage Deutschlands einsehen, um das Land nicht vollends in den Abgrund stürzen zu lassen — während die Unternehmer mit ihrer Unterdrückungspolitik auf die Bedrohung der Wirtschaft, der Währung, der Reichseinheit pfeifen.

Wo bleibt angesichts dieser Sachlage die Presse der bürgerlichen Mittelparteien? Sie hat es bisher unterlassen, dem Unternehmertum gegenüber die Interessen des Reichs und der Wirtschaft in Schutz zu nehmen und offen zu zeigen, wem ihre Sympathien in diesem Kampf gehören. Will sie den Eindruck entstehen lassen, daß sie die sozialreaktionären Absichten des Zechenverbandes billigt?

Eingreifen der Besatzungsbehörden!

Bochum, 13. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Führer des Gewerkschaftsvereins Christlicher Bergarbeiter Imbusch ist von den französischen Besatzungsbehörden zu einer Besprechung geladen worden. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß die Besatzungsbehörde nunmehr doch gewillt ist, in den nun schon über acht Tage dauernden Streik im Ruhrgebiet einzugreifen.

Gasmangel in den Industriestädten.

Essen, 13. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In den letzten Tagen ist die Brennstofflieferung des Gaswerks so stark zurückgegangen, daß eine ordnungsgemäße Gasversorgung nicht möglich ist und für einige Stunden am Tage die Abgabe von Gas gesperrt werden mußte. Der Gasmangel macht sich auch in anderen Städten, so in Bochum, Herne, Dortmund bemerkbar.

Die Unterstützungsaktion.

Bochum, 13. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In zahlreichen Städten des Ruhrgebiets haben die Ausgesperrten mit den städtischen Wohlfahrtsämtern Verhandlungen über eine Notstandsfürsorge angebahnt. Die Vertrauensleute der einzelnen Schichtanlagen sollen zunächst die Durchführung der Notstandsmaßnahmen gemeinschaftlich mit den Vertretern der Sachverwaltungen übernehmen. Zunächst sollen aus den Volkstüchen an die Ausgesperrten Speisen gratis abgegeben werden. In Dortmund werden die Ausgesperrten bereits aus den Volkstüchen versorgt. Warmes Essen wird jedoch nur in ganz beschränktem Umfang verabreicht. Verläufig werden täglich 12.000 Portionen fertiggestellt. In zahlreichen Städten des Ruhrgebietes wird am Mittwoch mit der Verteilung von Brot an die Ausgesperrten begonnen. In Gelsenkirchen, Wattenscheid, Bochum, Harnberg haben Besprechungen zwischen den Kaufleuten und den Betriebsräten stattgefunden, in denen Richtlinien für die Unterstützung der Ausgesperrten durch die Kaufleute vereinbart wurden. In den meisten Fällen erklärte sich die Geschäftswelt bereit, Lebensmittelkredite einzuräumen, die nach Wiederaufnahme der Arbeit abfchlagsweise zurückgezahlt werden. Diese Kredite sollen nur in den notwendigsten Fällen in Anspruch genommen werden. Die Unterstützungsaktion der Gewerkschaften hat bisher sehr günstige Erfolge aufzuweisen.

Die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter.

Hamm, 13. Mai. (WZ.) In einer Eingabe des Gewerkschaftsvereins Christlicher Bergarbeiter an den Landrat des Kreises Hamm und an die Stadtverwaltung Hamm heißt es: „Was gedenken die Behörden zu tun, um die ausgesperrten Arbeiter und deren Angehörigen vor dem Hungerstich zu bewahren? Geforderlich ist, den Säuglingen der Bergarbeiterfamilien Milch sicherzustellen, den Erwachsenen einschließlich der Ledigen muß wenigstens Brotversorgung gesichert werden. Nach uns zugegangenen Mitteilungen sollen auf der Zeche „de Wendel“ Kartoffeln angekommen sein. Diese Kartoffeln sind von den Bergarbeitern schon lange bezahlt, da sie ihnen vom Lohn abgezogen wurden. Die Zechenverwaltung soll sich jedoch weigern, die Kartoffeln jetzt auszugeben. Wir bitten, diesen Fall untersuchen zu lassen.“

Bergarbeiterstreik in Ungarn.

Bochum, 13. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer am Dienstagabend bei dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands aus Budapest eingetroffenen Mitteilung des Vorsitzenden des Verbandes der Berg- und Hüttenarbeiter Ungarns befindet sich der größte Teil der ungarischen Kohlenarbeiter im Streik. Die Zahl der Streikenden beträgt 40.000. Die Ursache des Streiks ist die Ablehnung der geforderten Lohnsteigerung durch die Grubenbesitzer. Ferner spielen Differenzen über die Arbeitszeit eine Rolle. Es ist mit einer längeren Streikdauer zu rechnen.

Dr. Sunyatsen gestorben.

London, 13. Mai. (WZ.) Wie aus Hongkong gemeldet wird, ist Dr. Sunyatsen, der frühere Präsident der chinesischen Republik, der zum gegenwärtigen Regime in China in scharfer Opposition stand, gestern an Gehirnentzündung gestorben.

Der Name Sunyatsen ist mit der Geschichte der chinesischen Revolution untrennbar verknüpft. Sunyatsen hat seine Bildung und seine freiheitlichen Ideen in Amerika empfangen. Er organisierte die Revolution der süd-chinesischen Provinzen und wurde 1911, als sie sich zur Republik erklärten, von ihnen zum Präsidenten gewählt. Im Bunde mit Yuan Shikai stieg er die Abdankung der Mandchudynastie durch 1912 vorzuziehen er auf sein Amt. 1913 organisierte er einen Aufstand gegen Yuan Shikai, der aber niedergeworfen wurde. Er floh nach Japan. Seit 1914 betrieb er in Kanton wieder die Trennung Südschinas von Nordchina. Im April 1921 wurde die Republik Südschina ausgerufen. Er wurde ihr Präsident. Im Juni 1922 wurde er vertrieben, die konstitutionelle Regierung in Kanton für aufgelöst erklärt.

Neue Verhaftung wegen des Rathenau-Mordes. Das OZ. meldet, daß in den letzten Tagen in München wegen des Rathenau-Mordes eine neue Festnahme erfolgte. Es handelt sich um eine Persönlichkeit namens Lüneke. Der Verhaftete ist nach Leipzig gebracht worden.

Der dänische Gesandter in Berlin wird der dänische Gesandte in Stockholm, Perlu J. J. J., amtlich angekündigt.

Die britische Rheinarmerie wird jetzt von Generalleutnant Sir G. P. Cane an Stelle des Generals Sir E. S. Godley befehligt.

Maisierstrafen in Kauen. Der Kommandant von Kowno hat wegen Beteiligung an der verbotenen Straßenkundgebung vom 1. Mai 46 Personen gemahnt. 23 von diesen wurden mit 3 Monaten Gefängnis bestraft, die übrigen erhielten einen bzw. zwei Monate Gefängnis. (Offenbar herrscht dort ein militärischer Kautschukmagazin.)

Die japanischen Wahlen haben den Regierungskandidaten kaum ein Drittel der Stimm gebracht. Von etwa 460 Abgeordneten gehören 282 zur Opposition, abgesehen von 20 Unabhängigen, die sich wahrscheinlich der Opposition anschließen werden.

Gewerkschaftsbewegung

Schieds- oder Kampfprüche.

In der deutschen Reichsverfassung ist die öffentlich-rechtliche Anerkennung der Zentralgewerkschaften (siehe Reichsverfassung Artikel 165 Abs. 1) als mitverantwortliche Organe der Wirtschaft festgelegt. Es wurde gesetzlich verankert, daß ihnen die Aufgabe obliegt, im Interesse der Wirtschaft das Verhältnis des Arbeiters zum Arbeitgeber mit den Organisationen des letzteren, durch den Tarif zu regeln.

Durch diese Anerkennung der Zentralgewerkschaften wurde ihnen gleichzeitig ein hohes Maß staatspolitischer Verantwortung auferlegt. Verantwortung tragen erheißt aber unter allen Umständen die Einräumung eines ganz bestimmten Grades von Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung der Dinge. Diese neue, öffentlich-rechtliche Stellung der deutschen Gewerkschaften ist von großen Teilen des deutschen Volkes bis heute noch nicht verstanden worden. Die Motive zu diesem Nichtverstehen sind zweierlei. Das erstere ist mehr ein Nichtverstehen wollen als ein Nichtverstehen können. Wir erinnern uns noch ganz gut, daß in den vergangenen Jahren so oft das Wort von „gewerkschaftlichen Nebenregierungen“ gefallen ist. Die Kreise, welche dieses Wort mit besonderer Vorliebe predigten, waren die Industriellen und Agrarier, die den Gewerkschaften zwar die Verantwortung in recht großem Maße zuschoben, aber jegliches Recht der Mitbestimmung absperrten. Das zweite Motiv entspringt der Unkenntnis großer Kreise der gesamten Arbeitnehmerschaft, die weder die geschichtliche Entwicklung der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung kennen, noch sich bemühen, die Idee der Bewegung überhaupt zu verstehen und infolgedessen die Aufgabe nur in einem großen Maße von Mitbestimmung, nicht aber von Verantwortung erblicken. Für diese Kreise sind die Aussprüche vom „Verrat“ der Gewerkschaften und der „Harmonieduselei“ mit dem Kapital typisch.

Dem Abschluß von Tarifverträgen stellten sich in den letzten zwei Jahren immer größere Schwierigkeiten entgegen. Den Höhepunkt dieser Schwierigkeiten bei der Regelung des Arbeits- und Lohnverhältnisses zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen finden wir beim Ausgang des passiven Widerstandes an der Ruhr. In diesem Zeitabschnitt sehen wir den schweren Kampf der Metallarbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Jetzt stehen im ganzen Ruhrgebiet die Räder der Schächte still, weil die Arbeitgeber des Bergbaus die gesamten Belegschaften ausgesperrt haben. Die äußere Ursache der Aussperrung ist allerdings keine tarifrechtliche Streitigkeit, denn wenn die Grubenbesitzer die Belegschaften des Bergbaus beim Schichtbeginn aussperrten, wenn die Revierkonferenzen der Zentralgewerkschaften erst am Nachmittag des gleichen Tages stattfinden, welche zu den nachträglich in einer gemeinsamen Verbindlichkeitserklärung des Lohnschiedspruches vom 23. April 1924 und des Arbeitszeitchiedspruches vom 28. April 1924 Stellung nehmen, kann man unmöglich die äußere Streitigkeit eine tarifliche nennen. Doch diese kurze Bemerkung nur nebenbei, weil sie aktuell ist und wir die Aussperrung nunmehr betrachten wollen in Verbindung mit dem Metallarbeiterstreik 1924, als Folge eines verbindlich erklärten Schiedspruches durch den Reichsarbeitsminister.

Die starke zentrale Bindung bei tarifrechtlichen Streitigkeiten durch die gesetzlichen Instanzen (Reichskommission und Reichsarbeitsministerium) wird zu einer drohenden Gefahr für den Bestand von sozialen und arbeitsrechtlichen Bestimmungen in den zurzeit gültigen Tarifverträgen. Unser Schlichtungsweesen ist in Gefahr, nicht eine Stütze des wirtschaftlich Schwächeren zu sein, sondern alle Streitigkeiten auf Kosten des wirtschaftlich Schwächeren um des augenblicklichen wirtschaftlichen Friedens willen zu schlichten. (Siehe hierzu aus der Schrift „Das neue Schlichtungsweesen“, erschienen 1924 im Industriebeamten-Verein auf Seite 11 Ziffer 7 über die Verbindlichkeitserklärung der Schiedsprüche). Die sich hieraus entwickelnde Gefahr für Staat und Wirtschaft wird vollends übersehen. Das große Verantwortlichkeitsgefühl der leitenden Gewerkschaftsinstanzen gegenüber Staat und Wirtschaft hat diese ungünstige Entwicklung des Schlichtungsweesens stark beeinflusst, weil ihm die große Verantwortlichkeitspflicht der führenden Arbeitgeberkreise gegenübersteht.

Der Schlichter hat die Aufgabe, zwischen den streitenden Parteien zu vermitteln. Gelingt diese Vermittlung nicht, so hat er eine Entscheidung zu fällen, die dem wirtschaftlichen Frieden dient. Er wird aus dieser Einstellung heraus versucht sein, den Schiedspruch nach der Seite hin zu fällen, wo die stärksten Machtfaktoren liegen. Konkret gesprochen, er wird den Wünschen der Arbeitgeber Rechnung tragen, wenn er bei diesen starkes Machtbewußtsein und großen Kampfeswillen vorfindet. Umgekehrt wird er den Arbeitnehmern Rechnung tragen, wenn diese Momente bei diesen stark hervortreten. Aus dieser Tatsache erklärt sich die Praxis der Schiedsprüche der letzten Monate. Bei den Arbeitgebern war ein rücksichtsloser Kampfeswille vorhanden. Sie waren bestrebt, die unglückliche Lage der Arbeiterschaft bis zur Reize auszunutzen.

Das Verantwortungsbewußtsein der Gewerkschaften in tariflichen Streitigkeiten hat eine Unterbindung vieler Wirtschaftskämpfe bislang zur Folge gehabt, was zu einer Radikalisierung der Arbeiterschaft führte, die nunmehr zu einer viel schlimmeren Gefahr für den Staat wird, als dieser oder jener Wirtschaftskampf. Hier liegt das Ungefährliche der wirtschaftlichen Entwicklung, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft als Stütze qualifizierter Arbeitsleistungen und sicherer Grundpfeiler des Staates den gesunden Sinn für die werkschaffende Arbeit zu verlieren beginnt. Die Gewerkschaften haben darum die Pflicht und das Recht, eine Reorganisation des Schlichtungswesens zu fordern, wie das bereits vom Bundesausschuß in seiner Tagung vom 18. und 19. März geschehen ist. Verbindlich erklärte Schiedsprüche, welche für die Gewerkschaften unannehmbar sind, wie sie in der letzten Zeit fast ausschließlich gefällt wurden, sind, da sie geltendes Recht schaffen, eine ungerechte Parteinarbeit zuungunsten der Arbeitnehmerschaft. Das kann nicht länger hingenommen werden.

Georg Reuter, Gelsenkirchen.

Die Unternehmer sind solidarisch.

Der erweiterte Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller hat eine sofort fällige erhebliche finanzielle Umlage zur Unterstützung der Werksbesitzer beschlossen.

Auch die Arbeiterschaft

muß ihre Solidarität mit den ausgesperrten Bergarbeitern bezeugen durch Zeichnung der

Liste der Bergarbeiterhilfe!

Unternehmer Solidarität.

Das Hoff-Bureau meldet: Der erweiterte Vorstand des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller hat in seiner gestrigen Sitzung einen Bericht über die Entwicklung und den jetzigen Stand des Streiks (in Wirklichkeit handelt es sich um eine Aussperrung) auf den Seeschiffswerften Kenntnis genommen. Er sieht auf dem Standpunkt, daß im Interesse der deutschen Wirtschaft und der dringend notwendigen Erhöhung der Produktion auf den deutschen Seeschiffswerften die gleiche Arbeitszeit durchzuführen werden muß, wie sie in der übrigen deutschen Metallindustrie bereits seit längerer Zeit besteht. (?) Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller stellt sich deshalb geschlossen hinter seine Gruppe. Der erweiterte Vorstand hat zunächst in der genannten Sitzung eine sofortige fällige erhebliche finanzielle Umlage in der ganzen Metallindustrie zugunsten der betroffenen Seeschiffswerften beschlossen und fernerhin den engeren Vorstand des Gesamtverbandes ermächtigt, je nach Lage der Sache selbständige weitere Maßnahmen durchzuführen, falls die Bewegung nicht in der allernächsten Zeit beendet werden sollte.

Resultatlose Verhandlungen in der Metallindustrie.

Nachdem, wie wir vorige Woche berichteten, die Verhandlungen über den Lohnkonflikt in der Berliner Metallindustrie ergebnislos vertagt wurden, fanden gestern, auf Veranlassung der Unparteiischen, direkte Verhandlungen statt. Auch diese führten zu keiner Verständigung. Sie werden aber demnächst vor dem Schiedsgericht wieder aufgenommen werden. Angesichts der Haltung der Unternehmer besteht allerdings kaum Aussicht auf Beendigung des Kleintriebes. Es muß damit gerechnet werden, daß eher eine Verschärfung eintritt.

Streik in der Witterlicher Brotsfabrik.

Vom Zentralverband der Bäcker wird uns geschrieben: Wie in der Industrie, so glauben auch die Handwerksmeister — besonders aber die Bäckermeister —, daß die „günstigen Zeitverhältnisse“ ausgenutzt und die Tarife entweder beseitigt oder abgebaut werden müssen. Auf Grund dieser Einstellung wurde auch im Bäckergewerbe Groß-Berlin durch die Arbeitgeber der Tarif im Januar gekündigt. Die Verhandlungen beim Schlichtungsausschuß haben zu keinem Resultat geführt. Es wurde ein Schiedspruch gefällt, der allerdings für dieses Jahr die bisher bestehenden Ferienhöhe beibehält, für nächstes Jahr aber den Antrag der Arbeitgeber vollinhaltlich annahm, wodurch die Ferien zur Hälfte reduziert werden sollen. Dieser Schiedspruch wurde sowohl von den Arbeitnehmern, wie von den Arbeitgebern abgelehnt, so daß gegenwärtig kein Tarif für das Bäckergewerbe Groß-Berlin besteht.

Auf Grund dieser Tatsache sind nun in verschiedenen Betrieben die Gezeiten an ihre Arbeitgeber herangetreten, um den Abschluß eines Tarifs und besonders zwecks Regelung der Ferien. Ist nun in verschiedenen Bäckereien wie z. B. bei der Fa. Paul Hanke die diesbezügliche Verhandlung schon beendet, während sie in anderen Betrieben noch schwebt, so sind wieder andere Bäckereibesitzer so vom Herrenstandpunkt durchdrungen, daß sie jegliche Verhandlungen ablehnen. Sie verstecken sich hinter ihre Organisation und erklären, nur diese habe in dieser Hinsicht Verhandlungen zu pflegen.

Infolge dieser brüskten Antwort der Arbeitgeber hat nun die Belegschaft der Witterlicher Brotsfabrik, Berlin N., Maxstr. 5, am Montagabend den Streik beschlossen und ist einmütig gestern morgen in den Streik getreten. Der Betrieb ruht vor der Hand vollständig. Das konsumierende Publikum wird es hoffentlich ablehnen, Fabrikate der Witterlicher Brotsfabrik zu kaufen, falls es gelingen sollte, was mehr als fraglich ist, durch Streikbrecher den Betrieb wieder in Gang zu setzen.

Es ergeht also an die konsumierende Bevölkerung der Aufruf, beim Broteinkauf darauf zu achten, von wem es geliefert und hergestellt ist und an alle Bäcker, die Witterlicher Betriebe zu meiden, um den im Kampf stehenden Kollegen die Erreichung ihres Zieles zu erleichtern.

Zum Streik im Stuck- und Gipsbaugeverbe.

In einer Streikversammlung am Dienstag wurde vom Gruppenleiter Scheel ein kurzer Bericht über die veränderte Situation gegeben. Durch Eingreifen des Reichsarbeitsamtes wurden anschließend an die Verhandlung des Hoch- und Betonbau die Parteien zusammengerufen. Da erlierte sich jedoch sehr in die Länge zogen, konnte die Verhandlung nicht mehr stattfinden. Es wurde für ausgang der Woche eine neue Verhandlung in Aussicht gestellt.

Aus vielen Vereinsgebieten Deutschlands sind Arbeitsträger angefordert. Es haben daraufhin in der vergangenen Woche eine große Anzahl Streikender Berlin verlassen und sind anderwärts in Arbeit getreten. Vielen werden weitere folgen.

Die Verammelten standen einmütig hinter den Weisungen ihrer Streikleitung und zeigten den Willen zum Ausdauern.

Lohnverhandlungen im Steinsegergewerbe.

Die Verhandlungen über die Neuverfestung der Löhne, die gestern im Steinsegergewerbe stattfanden, führten zu keiner Einigung, weshalb am Donnerstag das Schlichtungsamt sich nochmals mit der Frage befaßt wird. Die weiteren Maßnahmen der Organisation hängen von dem Ergebnis dieser Verhandlungen ab. Alle anderen Parolen sind strikte abzulehnen.

Verbindlicher Schiedspruch für Bauhelfer.

Wie wir bereits berichteten, wurden durch Spruch des Schlichtungsausschusses die Löhne der Bau-, Gelbfarben- und Möbelschlosser um 4-6 Pf. für die Stunde erhöht. Während die Arbeitgeber den Spruch ablehnten, nahmen ihn die Arbeiter an und beantragten seine Verbindlichkeitsklärung. Diese ist nunmehr ausgesprochen. Die Arbeitnehmer haben überall in den Betrieben die sich aus dem Schiedspruch ergebenden Nachzahlungen zu verlangen. In einer Branchenversammlung wurde ferner Mitteilung über eine Nachregelung der Lehrlingsentlohnungen gemacht. Es erhalten Lehrlinge im 1. Lehrjahr 3 Mark, im zweiten Jahr 4 Mark, im dritten Jahr 5 Mark und im letzten Jahr 6 bis 8 Mark pro Woche. Einen festen Urlaub zu gewähren, konnten sich die Arbeitgeber nicht herbeilassen. Es bleibt weiterhin bei betriebsweiser Regelung.

Lohnabbau in Oberschlesien.

Aus Kattowitz berichtet Nib.: Ein am 12. Mai gefällter Schiedspruch in dem Lohnkampf der Montanindustrie Ostoberschlesiens baut sich auf dem Vorschlag des Arbeitgeberverbandes auf. Er bringt einen Lohnabbau von 17 Proz. im Zentralrevier und von 22 Proz. in den Außenbezirken. Die Löhne in Ostoberschlesien bleiben damit immer noch höher als wie Westoberschlesiens. Aber der Schiedspruch wird voraussichtlich dennoch zu neuen Arbeitskonflikten führen, da es bisher immer noch nicht gelungen ist, die Preise der Gegenstände des täglichen Bedarfs herabzusetzen. Die Einführung des Glotz hat auf die Preisgestaltung keinen Einfluß gehabt. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Ostoberschlesien beruhen aber weniger auf der Lohnfrage als auf der Leistungsfrage. Die Leistung pro Mann und Schicht beläuft sich in Ostoberschlesien auf durchschnittlich 50 Proz. der Friedensleistung, während in Westoberschlesien durchschnittlich 83 Proz. der Friedensleistung pro Kopf und Schicht erreicht sind.

Wahrung, BSWD-Fabrikarbeiter! Donnerstagabend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Angelufer 24-26, wichtige Versammlung aller BSWD-Fabrikarbeiter. Die Generalversammlungsbelegierten sowie Verbandsfunktionäre müssen bestimmt anwesend sein. Parteiausweis legitimiert. Der Präsidiums-Vorstand.

Zentralverband der Angestellten, Textilindustrie, Färbereien usw.: Mitgliedsversammlungen Donnerstagabend 7 1/2 Uhr in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 17-18.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter, Altdam, Köpenick- und Solantriebende: Donnerstagabend 7 Uhr in den Zentral-Sälen, Alte Jakobstr. 22, gemeinsame Branchenversammlung mit den Sattlern und Portefeuillisten. Erhalten aller Mitglieder unbedingt notwendig. Eintritt nur gegen Mitgliedsausweis. Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Heinz Gahrman; Gewerkschaftsabweisung: Friedrich Schöler; Gesundheit: Dr. John Schilowski; Polizei und Sanität: Fritz Kahlert; Auswärtige: H. Gode; Familie in Berlin: Verleger: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Nr. 21/30 vom 14. Mai 1924. Seite 2 Beilagen.

Mißfarbene Zähne

entstehen d. schönste Kunst. Abl. Mundgeruch wirkt abtötend. Beide Abt. wird. L. vollkommen unschäd. Weiße beseitigt d. d. dem Zahnpaste Chlorodont.

20% Preisermäßigung auf alle Waren!

anlässlich der Eröffnung unserer dritten Verkaufsstelle vom 14.-17. Mai

Jünger. Loden-Anzug	29 ⁰⁰	Damen-Sport-Rock	12 ⁵⁰	Grüne Sport-Hemden ...	9 ⁶⁰
Bayer. Loden-Mantel	32 ⁰⁰	Damen-Sport-Kostüme ..	36 ⁰⁰	Perkal-Oberhemd	8 ⁷⁵
Sommer-Sport-Anzug wech- bar	18 ⁰⁰	Damen-Sport-Mäntel	23 ⁵⁰	Turisten-Schuhwerk	16 ⁵⁰
Sport- u. Straßen-Anzug ..	39 ⁰⁰	Damen-Gummimantel ...	29 ⁰⁰	Leder-Sandalen Gr. 27/30 von ...	5 ²⁵
Gummimäntel	25 ⁰⁰	Windjacken	15 ⁰⁰	Coupé-Koffer Marke Darby	9 ⁷⁵
		Sportwesten mit bunter Kante	8 ⁵⁰	Rucksäcke	6 ⁵⁰

Von diesen Preisen gehen noch 20 Prozent ab

Wilhelmstraße 107 / Unter den Linden 70 (Scheberahaus) / Kurfürstendamm 45

Kauf ohne Sorge bei Korge

Der Lehrling im Großbetrieb.

Die moderne Industrie verlangt neben den vielen „ungelehrten“, richtiger „angelernten“, Arbeitern im steigenden Maße nach Qualitätsarbeitern. Je feingliedriger die Maschinen werden, je durchgebildeter die Herstellungsmethoden, um so höhere Anforderungen werden an den Qualitätsarbeiter gestellt. So ist denn die Ausbildung der Lehrlinge zu einer der wichtigsten Angelegenheiten der modernen Großindustrie geworden. Gewerkschaften und Industriehäuser der Lehrlingsausbildung im erhöhten Maße ihre Beachtung, und es muß objektiv anerkannt werden, daß gerade die Großindustrie in den letzten Jahren Vorbildliches auf diesem Gebiet geleistet hat. Es ist jedoch bedauerlich, daß nicht nur die Zahl der einwandfreien vorbildlichen Lehrstellen, sondern auch die Zahl der Lehrstellen überhaupt im traurigen Mißverhältnis zu der Linnenge derjenigen jungen Menschen steht, die, wie man sagt, nach dem Verlassen der Schule „ins Leben treten“ sollen.

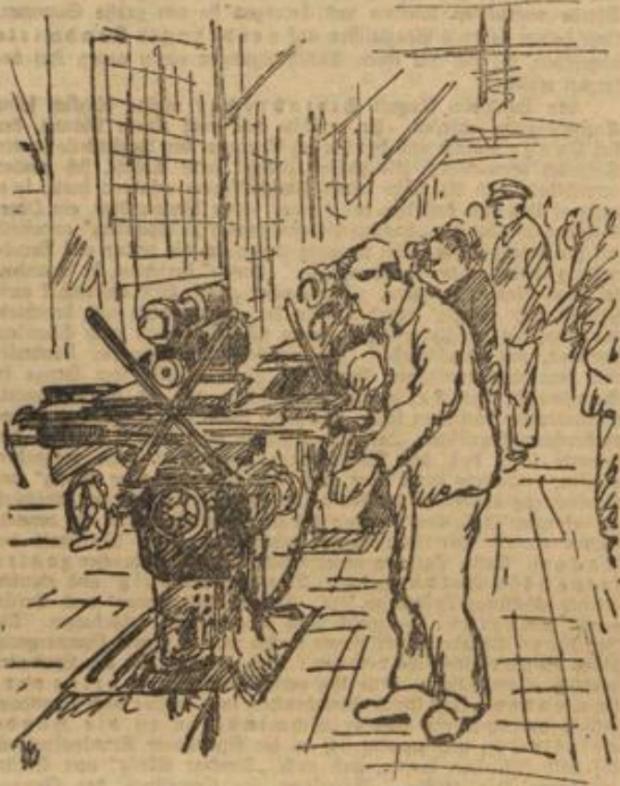
In der Lehrlingswerkstatt.

Eine gute, planmäßig durchgeführte Lehrlingsausbildung vermag viele von den im jungen Menschen schlummernden Kräften zu wecken und zu fördern. Eine Ausstellung von Lehrlingsarbeiten bei Borsig in Leipzig, die vor kurzem stattfand, bewies das. Es waren dort in der großen vorbildlich eingerichteten Lehrlingswerkstätte, in der die Lehrlinge in der Schlosserei, Dreherei, Modelliererei ausgebildet werden, nicht nur die im Werk angefertigten produzierten Arbeiten zu sehen, sondern auch Liebhaberarbeiten, die die Lehrlinge in ihrer Freizeit angefertigt hatten. Da waren Rundfunkapparate, sauber ausgeführte Modelle von allen möglichen Maschinen, Zeichnungen aller Art und anderes mehr zu sehen. Eine Statistik wies nach, welche Literatur die jungen Leute bevorzugten, alles Dinge, die bei der früher allgemein üblichen Handwerkslehre nur in sehr seltenen Fällen das Interesse des Lehrherrn wahrzunehmen vermochten. In diese Lehrlingswerkstätte wird durchaus nicht jeder Knabe ohne weiteres eingestellt, auch dann nicht, wenn er durch Verwandte über besonders gute Beziehungen zum Werk verfügt. Ueber die Aufnahme entscheidet eine psychotechnische Prüfung, in der versucht wird, die besondere Eignung des Bewerbers zu ergründen, ferner der ästhetische Befund und der erfolgreiche Besuch einer Gemeindefschule, wobei insbesondere darauf Wert gelegt wird, daß im Betragen und im Fleiß die Note „gut“ erzielt wurde. Nach Eintritt der Lehrzeit arbeitet der junge Mensch zunächst drei Monate zur Probe. Wenn er dann den Anforderungen nicht genügt, kann er ohne weiteres entlassen werden. Die Lehrlingswerkstatt ist hell und luftig. Eine Ventilatoranlage führt im Sommer kühle und im Winter warme frische Luft zu. Auch sonst ist die Werkstatt in hygienischer Hinsicht durchaus modern eingerichtet. Die Schlosserlehrlinge werden im ersten Jahr zunächst mit Hilfstellungen aller Art, sowie kleineren produktiven Arbeiten für das Werk beschäftigt. Im zweiten Jahr lernen sie den Umgang mit allen im Maschinenbau üblichen Werkzeugmaschinen mit Ausnahme der Drehbank kennen. Sie werden im Schmieden und Härten von Werkzeugen, sowie an der Reißplatte ausgebildet. Im dritten Jahr sind sie dann so weit, schwierigeren Einzelteile herstellen zu können, ja, kleine Dampfmaschinen, Kumpfpforten zusammenszubauen, wobei die besonders befähigten Lehrlinge als Kolonnenführer Verwendung finden. Im letzten Jahre werden die Schlosserlehrlinge irgendeiner Betriebswerkstätte überwiesen, in der sie bis auf die letzten zwei Monate verbleiben. In diesen beiden letzten Monaten kehren sie zurück zur Lehrlingswerkstätte und führen hier unter strenger Aufsicht ihre Gesellenarbeit aus. Nach bestandener Gesellenprüfung kehren sie dann in den Betrieb als Geselle zurück. Daraus so planmäßig wird die Lehre der Dreher durchgeführt. Nacheinander werden sie an Zentrier- und Revolverdrehen, an mittleren Drehbänken, an der Karusselldrehbank ausgebildet. Im dritten Jahre werden sie dann an der Reispindeldrehbank, an Bohrwerken und Scheifmaschinen beschäftigt, so daß sie im vierten Jahre bereits vollwertige Gesellenarbeit zu leisten vermögen. Bei der Ausbildung der Modellierlehrlinge ist besonders bemerkenswert, daß sie im dritten Jahre in der Keramikerei und Glasererei mit der Herstellung der Formen vertraut gemacht werden, so daß sie damit das nötige Verständnis für die fertigen Modelle aus der praktischen Arbeit für die Glasererei erhalten. Außer diesen drei Lehrlingsarten werden

in den Betriebswerkstätten, also nicht in der Lehrlingswerkstatt, Lehrlinge für Glasererei, Schmelze, Kessel- und Kupferschmelze, Kalkulation und als Zeichner ausgebildet.

Die Werkschule.

Viele große Werke gehen immer mehr dazu über, den Fortbildungsunterricht im Werke selbst zu erteilen. Darin liegt ein ungeheurer Gegensatz zu der bei vielen kleinen Handwerksmeistern früher oft üblich gemachten Praxis, den Lehrling am Besuch von Fach- und Fortbildungsschulen zu hindern. In der Werkschule bei



Borsig wird nicht nur Fachunterricht, sondern auch Turnen, Sport und Spiel getrieben. Das Schuljahr umfaßt 40 Unterrichtswochen, und es werden in jeder Woche 11 bis 12 Stunden Unterricht erteilt. Die Zahl der Schüler in jeder Klasse beträgt höchstens 20 oder 30. Es liegt im Charakter einer Werkschule, daß der Unterricht sich eng an die praktische Tätigkeit anschließt. Unterrichtsgegenstände sind: Bürgerkunde, Deutsch, Fachkunde, Naturlehre, gewerbliches Rechnen, Mathematik, Fachzeichnen und Turnen. Bei den Arbeitsbüchern fällt Fachkunde und Naturlehre, sowie Mathematik und Fachzeichnen weg. Der für sie aufgestellte Lehrplan richtet sich nach dem in Groß-Berlin üblichen, damit sie ohne weiteres beim Verlassen der Arbeitsstelle an dem Unterricht in den Groß-Berliner Fortbildungsschulen teilnehmen können. Die Schule besitzt eine ausgezeichnete Lehrmittelsammlung, zahlreiche Maschinen und Werkzeuge für das Fachzeichnen, eine mathematische Sammlung, eine technologische Sammlung, Karten für den Bürger- und fachkundlichen Unterricht, sowie eine Sammlung psychotechnischer Prüfungsapparate. Nach Schluß der Lehrlingsausbildung erfolgt eine mündliche sowie schriftliche Prüfung. Lehrlinge, die irgendwelche Mängel aufweisen, haben Gelegenheit, sie nach Schluß der Lehrzeit in der Schule auszufüllen. Besonders wichtigen Lehrlingen wird der Besuch höherer Fachschulen durch einen Fonds ermöglicht. Der Unterricht der Ingenieurlehrlinge,

die man früher mit dem hochklingenden Namen *Bolonide* bezeichnete, ist in sinnvoller Weise ähnlich geordnet.

Die Arbeiterkassen stehen dem Unternehmertum ablehnend gegenüber. Das ist nur zu natürlich und ergibt sich aus den wirtschaftlichen Verhältnissen. Sie ist stets gewillt, in jeder Maßnahme des Unternehmers eine feindselige Handlung zu erblicken. Der Kampf aber, den sie zu führen hat, fordert Kühles und richtiges Abwägen aller Handlungen, auch der des Gegners. Nur das kennzeichnet den Menschen als groß und stark, wenn er die Fähigkeit hat, auch seinem Gegner Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Wenn es auch unbestritten richtig ist, daß der Unternehmer nichts aus reiner Liebe zur Arbeiterkassen tut, so ist es dennoch durchaus möglich, daß das, was der Unternehmer des eigenen Ruhens willen tut, zuweilen auch der Arbeiterkassen Nutzen zu bringen vermag. Eine gute Lehrlingsausbildung ist stets eine Forderung der Arbeiterkassen gewesen, und wo sie erfüllt ist, ist es selbstverständlich, das anzuerkennen. Der Unternehmer hat sich dem Zwange der Notwendigkeit, Qualitätsarbeiter heranzubilden, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, gebeugt, und darum die Lehrlingsausbildung planmäßig ausgebaut. Die Industrie klagt vielfach, daß die hierfür gemachten Ausgaben sich nicht rentieren, da viele der Herangebildeten nicht nur das Werk, sondern auch Deutschland verlassen, um im Auslande besser bezahlte Stellen anzunehmen. Diese Klagen würden natürlich im dem Augenblick verschwinden, in dem die Bezahlung mindestens so gut sein würde wie im Auslande. Wenn das Ausland trotz erheblich höherer Löhne vielfach wesentlich billiger liefert als die deutsche Industrie, so ergibt sich daraus die Aufgabe, die Betriebsführung und die technischen Verfahren einer scharfen Prüfung zu unterziehen, um sie auf eine Höhe zu bringen, die es ermöglicht, trotz menschenwürdiger Löhne ständig konkurrenzfähig zu bleiben.

Ein „Musterhaus“.

Die Häuserverwahrlosung, die wir dem Kriege verdanken, hat in Berlin in den vorwiegend von Arbeiterfamilien bewohnten Stadtteilen einen so hohen Grad erreicht, daß sie bereits zu einer öffentlichen Gefahr geworden ist. Da die meisten Hauseigentümer von Kriegsausbruch an, also seit fast zehn Jahren, jede größere Reparatur unterlassen haben, so ist für manche ihrer Mietskassen der völlige Verfall zu befürchten. Daß von den Hausfronten nach der Hofseite und auch nach der Straßenseite der locker gewordene Fuß sich in großen Stücken löst und herabfallend Menschen gefährdet, ist keine Seltenheit. Aber auch das war schon da, daß vermoderte Zimmerdecken sich bedrohlich senkten und wegen der Gefahr des Zusammenbruchs schäumigste Räumung nötig wurde. Weniger aufsehenerregend, doch darum nicht minder gefährbringend sind die Wohnungsmängel, von denen die Bewohner eine langsam wirkende Schädigung der Gesundheit zu erwarten haben, die auf Dachschäden zurückzuführende Durchnässung der Zimmerdecken in den obersten Stockwerken, die von den reparaturbedürftigen Zimmeröfen und Kochherden ausgehende Rauchbelästigung, der gesundheitsgefährliche Zustand beschädigter Klosettanlagen und vieles andere.

Eine Probe von Häuserverwahrlosung, die wir den zuständigen Behörden zur ernstesten Beachtung empfehlen, bietet sich auf dem Grundstück Ruheplatzstraße 22. Das Haus mag vielleicht nicht viel über 40 Jahre alt sein, aber der Eigentümer hat es allmählich in einen Zustand geraten lassen, daß man es jetzt fast als schon abbruchreif bezeichnen möchte. Man merkt diesem Haus schon von außen an, daß seit langem nicht mehr viel darauf verwendet worden ist, namentlich an den Hoffronten, die in großen Flächen vom Fuß entblößt sind. Aber das Wenigste ist noch nicht das Schlimmste — schlimmer ist, was hinter den Fronten sich verbirgt. Wer das Innere besichtigt und sich einzelne Wohnungen ansehen will, der soll sich auf able Bilder großstädtischen Wohnungselends gefast machen. An Wänden, Decken, Döfen, Herden, Fenstern — überall bieten sich Zeichen weitgehenden Verfalls. In morschen Decken sind tiefe Löcher, in Decken hat hindurchdringende Risse häßliche Flecke zurückgelassen, an Döfen und Herden klaffen Kochen weit aus-

Die Flüchtlinge.

Roman von Johannes Linnankoski.

Er war so schwach, daß er nur mit Mühe auf den Hof gelangte. Dort warf er sich rützlings auf den weichen Kissen. Aber er vermochte nichts nachzudenken, denn er bemerkte im selben Augenblick, daß seine Söhne beim Pferd stall standen. Viktori sah gräßlich im Gesicht aus und pechste mit dem Brustriemen wie wild auf Uina ein.

„Bist du denn toll geworden?“ rief Hanna, hartköpfig zu den Burschen laufend.

„Beschalt sagt der Vater nicht, wo er das gestohlene Geld versteckt hat, damit man's zurückbringen und sich mit den Leuten auseinandersetzen kann!“ rief Viktori.

„Schrei nicht so laut!“ bat Hanna.

„Ich schreie, jetzt soll es die ganze Welt hören!“

„Das ist recht!“ rief auch Kalle, mit den Zähnen knirschend und die Arbeitsgeräte über den Hof werfend.

Reskitalo fühlte, wie ihm der Angstschweiß am Körper herunterrannte. Im selben Augenblick sah er bei dem Speicher eine Schar alter Bekannter aus Tavastland laufend in den Hof kommen.

„Dort ist der savolagische Ausreißer!“ rief einer, auf Reskitalo zeigend.

Reskitalo wollte davon laufen, fühlte sich aber so schwach, daß er sich nicht einmal aufsetzen konnte.

Die Schar besand sich jetzt dicht vor ihm.

„Du bist doch ein arger Schelm, Reskitalo,“ sagte der ganz vorn stehende Mann verächtlich. „Gib das Geld heraus!“

Reskitalo schämte sich so, daß er nichts zu sagen vermochte.

„Weiß die Frau nicht, wo es ist?“ fragte der Mann wieder. — „Ein Mann redet doch mit seiner Frau?“

„Nein, ich weiß nicht,“ versicherte die Frau mit Tränen in den Augen. „Ich habe von Woche zu Woche gewartet, aber er spricht auch mit mir nicht davon.“

„Ich weiß es!“ rief Manta auf der Treppe des Speichers, den Speicherschlüssel drohend in der Hand schwingend.

Reskitalo kam die Angst: „Will die Berrückte denn verraten, daß es im Kornkasten ist?“

„Ich weiß es, denn wir haben es zusammen gestohlen!“ rief die Tochter immer lauter. „Aber mag er es selbst sagen.“

„Es ist nicht wahr!“ wollte Reskitalo schreien. „Manta hat es gestohlen, und ich hab's nur versteckt, damit das Gehöft nicht in Schande fäme.“ Aber er brachte keinen Laut hervor, so sehr er auch versuchte,

Da gewahrte er Lutela vor sich. Ihm schwindelte — das Geld gehörte ja Lutela, die anderen haßten ihm nur.

„Ich habe doch die ganze Zeit gewußt, daß du etwas hattest,“ erklärte Lutela leise. „Sag's jetzt, armer Kerl, sag's endlich — vielleicht können wir uns verständigen.“

Reskitalo hätte jetzt mit Lutela unter vier Augen sprechen wollen, aber er brachte wieder keinen Laut über die Lippen.

„So ein Schuft!“ riefen die Tavasten aufgebracht. Und die Savolager, die sich nun, den Hof zur Hälfte füllend, angeammelt hatten, Rimpeläinen an der Spitze, lachten so spöttisch, daß er die Augen schließen mußte.

„Langsam voran, Männer,“ rief Lutela. „Kommt mal etwas hierher!“

Reskitalo sah jetzt an Lutelas mehlfestäubter Mühe, daß er in Wirklichkeit ein Müller war und daß seine Windmühle unmittelbar neben dem Pferd stall stand. Alle gingen hinter Lutela zur Mühle.

„Blas' fest in die Flügel, damit sie sich besser drehen!“ forderte Lutela sie auf.

Alle bliesen aus Leibesträften, die Tavasten und die Savolager, ja auch die Ragd Riitta und die Frauen seiner eigenen Tagelöhner unter ihnen. Die Flügel schnurrten von Sekunde zu Sekunde immer wilder herum.

Da flog der Oberstein der Mühle tausend durch die Wand und kam durch die Luft auf Reskitalo zu, indem er sich immerfort wild drehte.

„Willst du's endlich sagen?“ fragte Lutela unter dem Stein hergehend.

Der Stein näherte und näherte sich, jetzt war er gerade über Reskitalo und drehte sich, daß die Funken sprühten.

„Willst du's endlich sagen?“ fragte Lutela wieder, mit der Hand deutend, wobei sich der Stein bis an Reskitalos Brust herabsenkte.

Der Schweiß lief in Strömen an Reskitalo nieder, während er dem entsetzlichen Dingen zusah. „Ja, ja!“ rief er mit aller Kraft.

Aber es war wohl nicht zu hören gewesen, denn Lutela sagte voll Kerger: „Sag's nur ja!“ und deutete mit der Hand — der Stein senkte sich mit einem Krach auf seine Brust.

„Ja, ja!“ brüllte Reskitalo mit letzter Kraft.

„Kustaa, Kustaa — drückt dich denn wieder der Asp?“ rief die Frau geängstigt, indem sie sich im Bett aufsetzte.

Reskitalo schnürte es so die Brust zu, daß er kaum Atem holen konnte. Es dauerte eine Weile, bis er darüber ins Klare kam, daß er nur träumte.

„Laß mich ein wenig ausruhen, dann wollen wir reden,“ sagte er, den Kopf mäde an die Schulter seiner Frau lehnd.

Sie erwiderte nichts, sondern legte nur ihre Hand auf seine nachstele Stirn, wonach ihm allmählich wohlter wurde.

„Gerade wie im Traum,“ dachte Reskitalo. „Schwach und grau bin ich geworden und schwitze in der Nacht. Alle erwarten, daß ich es endlich tue.“

Jetzt begriff er, woraus sein furchtbarer Traum entsprungen war: er hatte gesehen, wie seine Söhne am Abend Hanna heimlich etwas eröffnet hatten. Er konnte erraten, was es gewesen war — bald würden sie es auch ihm selbst eröffnen.

Wertwändig! Damals in Tavastland war es ihm im Vergleich zu den vielen Schwierigkeiten des Ueberfiedlungsplans als eine Kleinigkeit erschienen, sich Lutela mitzuteilen. Jetzt aber, da die Zeit gekommen war, erkannte er, daß darin schließlich alles beruhte. Und so hatte er die letzten Wochen in einer ständigen Bedrängnis gelebt, die noch dadurch erhöht wurde, daß er nicht einmal mit seiner Frau sprechen konnte, weil er sie schonen und diese furchtbare Last allein tragen wollte. Außerdem hatte er bis zuletzt auf einen wunderbaren Zufall der Vorsehung gewartet, auf einen Unfall oder etwas anderes, das sie mit einem Schlag retten würde.

Jetzt sah er ein, daß es so nicht weitergehen konnte. Sie mußten sprechen und dann tun, was zu tun war.

Die Frau war erfreut, daß Reskitalo endlich die Sache zur Sprache brachte.

Aber sie waren beide gleich ratlos. Klar war nur, daß der Dual ein Ende gemacht werden mußte.

„Soviel ich verstehe, müssen wir Lutela alles sagen, wie es ist,“ seufzte die Frau. „Man muß sich auf seine Güte und auf die göttliche Gnade verlassen, hier helfen die eigenen Kräfte doch nichts. Und ich glaube, es wäre besser gewesen, wenn man es ihm schon damals in Tavastland ohne Hinterhalt mitgeteilt hätte.“

Das konnte Reskitalo sogar in seiner gegenwärtigen Bedrängnis nicht einräumen; etwas war durch diese Ueberfiedlung gewonnen worden. Und er konnte immer noch nicht auf die Hoffnung verzichten, daß sich doch alles gut auflösen werde, wenn man nur nichts überreiste. Es war da allerdings ein erschreckend dunkler Punkt, den er erst in letzter Zeit angefangen hatte genauer in Betracht zu ziehen. Ein Argwohn erwachte natürlich auf alle Fälle in Lutela. Aber war er wohl ganz sicher, daß das Kind nicht das seine sein konnte?

Weiter kamen sie in dieser Nacht nicht, obgleich sie stundenlang wachten.

(Fortsetzung folgt.)

einander, Wände und Decken sind durch heraufschlagenden Quasim verdrückt, an Fenstern sind Stücke des Holzrahmens weggefallen. Einer der lästigsten Mängel ist die Durchdringung der Zimmerdecken im obersten Stockwerk, über dem kein Hausboden liegt. Das flache Dach aus Brechern, geleierter Pappe und darüber gestreutem Kies ist schadhast, aber die Kriegen von Hausbewohnern haben bisher keine Abhilfe gebracht. Eine Bewohnerin des obersten Stockwerkes stellt Schüssel auf ihr Wäschebrett, nicht als „Rippesachen“, sondern um bei Regen die von der Decke herabtropfende Risse aufzufangen und ihr Spind zu schütten. Der Hauswirt hat ihr, als sie klagte, in gemühtlichem Ton empfohlen, sie solle, wenn drei Schüsseln nicht ausreichen, vier aufstellen. Standlos ist auch der schon erwähnte Zustand der Ofen und Herde, die in manchen Wohnungen wegen des unerträglichen Quasims kaum noch benutzt werden können, so daß die Leute im Winter schwer unter Kälte zu leiden hatten. Einige Herde stehen so schief, daß man ihren Zusammenbruch befürchten möchte. In einem Fall wäre durch tatsächlichen Einsturz einer Seite des Herdes, wobei glimmende Kohlen herausfielen und die Dielen anfangten, belnahe ein Wohnungsbrand entstanden, weil der Einsturz in Abwesenheit der Wohnungsinhaberin erfolgte. Das Haus beherbergt eine beträchtliche Zahl kleiner Mieter, von denen viele nicht mehr als einen einzigen Raum haben. Da in der Waschküche der Herd unbenutzbar geworden ist, aber nicht repariert wird, so muß seit langem in den Wohnungen gewaschen werden. Im ganzen Haus sind für die etwa 50 Familien nur vier Klosetts vorhanden.

Diese Zustände im Hause Ruheplatzstraße 22, die nicht länger ertragen werden können, sind infolge von Beschwerden der Mieter bereits zur Kenntnis des Wohnungsamtes, des Mietvereinsamtes und der Gesundheitspolizei gelangt, und es haben auch schon Besichtigungen stattgefunden. Wie wir erfahren, hat die Mietervertretung des Hauses beim Mietvereinsamt beantragt, dem Eigentümer die laufenden Instandsetzungszuschläge zu entziehen, damit aus ihnen die Reparaturkosten gedeckt werden können. Wenn er nicht selber einsteht, daß es in seinem Hause so nicht weitergehen kann, wird allerdings nur übrig bleiben, behördlichen Zwang gegen ihn anzuwenden.

Der Umtausch der Schahanweisungen. Unerfreuliches aus der Reichsbank.

Die Reichsbank hat bekanntlich die verzinlichen Schahanweisungen des Deutschen Reiches mit dem 20. Mai für ungültig erklärt und die Inhaber aufgefordert, die umlaufenden Stücke an den Kassen der Reichsbank umzutauschen, wo den Besitzern dann die ihnen zustehenden Beträge in Rentenmark oder in unverzinslicher Goldanleihe ausgezahlt würde. Tagtäglich wandern nun Tausende zur Reichsbank, Kaufleute, Angestellte, die ihr Geld noch in Goldanleihe erhalten haben, Sparers usw., um schleunigst die für ungültig erklärten Stücke, die von den Geschäftskonten nicht mehr in Zahlung genommen werden, loszuwerden. Wie ungeheuer der Andrang ist, ergibt am besten aus der Tatsache, daß das Publikum vor der Depositionskasse am Hausvogteiplatz bis in die Taubenstraße Schlangenschlange steht, und daß ein ganzes Aufgebot von Schutzpolizei den Umtauschverkehr regeln muß. Wer Glück hat, gelangt „schon“ nach 2 bis 2½ Stunden in die Wechselräume und hier wird dann der bedauernswerte Inhaber der Schahanweisungen von Schalter zu Schalter geschickt, da weder genügende Ausschreiter an den Kassenschaltern vorhanden sind, die verkünden, bis zu welcher Höhe Goldanleihe von dem in Frage kommenden Betragen angenommen wird, noch da Auskunftspersonal zur Verfügung steht, das namentlich im Wechsel- und Umtauschverkehr Unerfahrene beehrt. Auskunft erteilen in den meisten Fällen die Kassendamen der Bankinstitute, die den organisatorisch ganz ungenügenden Umtauschverkehr bereits kennen. Wenn man schließlich den richtigen Schalter gefunden und die eingezogenen Stücke abgeholt hat, erhält man — weder Rentenmark noch unverzinsliche Goldanleihe, sondern eine Quittung und die höfliche Belehrung, daß man in drei Wochen wiederkommen und den Betrag abholen dürfe. Dabei wird von den Kassenschaltern gleich vorzüglich hinzugefügt, daß als Umtausch weniger Rentenmark, als vielmehr unverzinsliche Goldanleihe in Frage käme. Es ist leicht erklärlich, daß bei diesem kaum zu verstehenden Wechselverkehr sich täglich die erregtesten Szenen abspielen. Namentlich die Frauen und Angestellten, die nicht einmal Beträge von 4,20 M. für ein Stück Goldanleihe erhalten, sind oft in heller Verzweiflung, was sie nun während der dreiwöchigen Wartzeit anfangen sollen, und die größeren Firmen, die sich alle mehr oder weniger in Geldknappheit befinden, können natürlich mit den Quittungen, die sie über die ausgelieferten Beträge empfangen, ihre Verpflichtungen auch nicht decken. Es ist geradezu unerträglich, daß die Reichsbank, die doch einen gewissen Ueberblick darüber haben mußte, welche Anforderungen bei dem Umtausch an sie gestellt werden, so wenig vorgesorgt hat, daß die Inhaber der Goldanleihe wochenlang auf ihr Geld warten müssen, bis sie schließlich den nicht gerade beneidenswerten Eintausch von unverzinslichen gegen die abgelieferten verzinlichen Schahanweisungen machen dürfen.

Die Einfuhr argentinischer Rinder.

Wie der Antikarische Pressdienst einer Verfügung des Landwirtschaftsministers entnimmt, haben die zum erstenmal erstatteten Berichte über die Fleischschau bei den nach Deutschland eingeführten Rindern aus Argentinien zu folgendem Ergebnis geführt: In 9 größeren Schlachthöfen sind im Jahre 1923 insgesamt 600 argentinische Rinder zur Abschachtung gekommen. Hierbei wurden 122mal Beanstandungen wegen Tuberkulose vorgenommen. Es wurden drei ganze Viertel, 108 Lungen und 31 andere Organe wegen Tuberkulose als bedingt tauglich bzw. untauglich erklärt. — Der Minister ersucht die nachgeordneten Behörden, den beteiligten Schlachthöfen sowie den Anstandsstellen beschaffen hiervon Kenntnis zu geben und diese anzuweisen, bei dem zur Einfuhr gelangenden Gefrierfleisch aus Argentinien die erreichbaren Vorkehrungen auf Tuberkulose zu unternehmen, soweit das ohne große Verzögerungen möglich ist; bis zum 1. Juli soll Bericht darüber erstattet werden, in welchem Umfang hierbei Tuberkulose festgestellt wurde.

Ehelicheitserklärung bei unehelichen Kindern.

Die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere die große Wohnungsnot, stehen vielen jungen Menschen, die gerne die Ehe miteinander eingehen, hindernd im Wege. Was ist die Folge? Die Anschwellung der Zahl der unehelichen Geburten. Man bleibt wohl noch hinter der Wirklichkeit zurück, wenn man die Zahl der unehelichen Geburten heute mit einem Drittel aller Geburtsfälle annimmt. Das uneheliche Kind tritt nun wohl in die Familie der Mutter wie ein eheliches Kind ein. Zwischen dem Vater aber und dessen Verwandten einerseits und dem unehelichen Kinde andererseits entsteht kein Verwandtschaftsverhältnis. Insbesondere ist auch das Erbrecht verfaßt. Von schwerwiegender Bedeutung ist aber für die unehelichen Kinder die Bestimmung in § 1712 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach, wenn der Vater stirbt, seine Erben berechnigt sind, den Unterhaltanspruch des unehelichen Kindes, der an sich gegenüber den Erben fortbesteht, mit einem Betrage abzulassen, der dem Kinde als Pflichtteil gebühren würde, wenn es ehelich wäre. Hinterläßt der Vater kein besonderes Vermögen, so kann hiernach das uneheliche Kind von den Erben mit einem überhaupt nicht nennenswerten Betrage abgefunden werden. Es ist nun, was nicht allgemein bekannt ist, dem unehelichen Vater, wenn er dazu guten Willens ist, die Möglichkeit gegeben, sein uneheliches Kind für ehelich erklären zu lassen und ihm so auch dem Vater gegenüber (nicht allerdings auch

gegenüber dessen Verwandten) die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes zu geben (§§ 1723 ff. BGB.). Natürlich muß die Mutter einverstanden sein, ebenso der gesetzliche Vertreter des Kindes, welcher zu seiner Einwilligung wiederum der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts bedarf. Der Einwilligung des gesetzlichen Vertreters bedarf es nicht mehr, wenn das Kind das 14. Lebensjahr vollendet hat. Der Antrag auf Ehelicheitserklärung geht an die Regierung des Bundesstaates, dem der Vater angehört. Der Antrag bedarf, wie auch die Einwilligungserklärungen, der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung. Auf die Verfügung der Ehelicheitserklärung besteht kein Rechtsanspruch, vielmehr wird sie als „Gnadensache“ angesehen. Pflichtsträfs allerdings wäre es, wenn Anträge auf Ehelicheitserklärung unter den heutigen besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht weitgehend Berücksichtigung fänden.

Vertrauensselige Landwirte.

Die „Landwirtschaftskammer“ im Spandauer Rathaus.

Die neue Art eines alten Schwindels ist gestern einem Landwirt verhängnisvoll geworden. Falsche Sekretäre und Direktoren von Landwirtschaftskammern lockten allzu vertrauensselige Landwirte mit der Vorpflegung ins Garn, daß sie ihnen gute und billige Pferde verschaffen könnten und betrogen sie um große Summen. Jetzt haben es diese Spezialisten auf verdrängte Landwirte abgesehen, die sich mit ihren Entschädigungen einen neuen Hof besorgen wollen.

Ein Landwirt August Steinbrecher wollte kürzlich seine Entschädigung abholen. Er erzählte das auch einem Manne, der sich Lange nannte und der ihm im Vorraum der Reichsbank in ein Gespräch verwickelte. Als dieser „Lange“ seine Absicht, sich wieder anzusetzen und die Höhe seiner Entschädigung erfahren hatte, spielte er ihm vor, daß ihn dabei einer seiner Verwandten, ein Obersteuermann, der bei der „Landwirtschaftskammer in Spandau“ angestellt sei, gut helfen könne. Am Montag trafen sich die beiden auf Verabredung wieder in der Oranienstraße. „Lange“ berichtete, in Spandau sei schon alles in Ordnung. Steinbrecher erhielt 5400 Goldmark ausgezahlt und „Lange“ begab sich an den Fernsprecher und berichtete als Ergebnis der Unternehmung, man solle schleunigst nach Spandau kommen, um abzuschließen. Hoffnungsfreudig fuhr der Landwirt mit dem ungenügenden Vermittler hinaus. Als ihm die „Landwirtschaftskammer“ befinden sollte, begegnete ihnen ein Mann, den Lange ehrfurchtsvoll grüßte. Der Mann fragte nach seinem Begehre, bewachte sehr, daß der Obersteuermann unerwartet habe weggehen müssen, erläuterte dann aber, daß ihm vom „Direktor König“ der Kaufvertrag übergeben worden sei, mit der Bitte, selber den Abschluß zu besorgen. Alle drei begaben sich zu diesem Zwecke in ein benachbartes Café. Der Kaufvertrag lautete auf eine Wirtschaft bei Raakow. Beide Parteien unterschrieben ihn, Steinbrecher zahlte seine 5400 Goldmark an „Direktor König“ und glaubte wieder glücklicher Besitzer zu sein. Er fuhr mit „Lange“ nach Berlin zurück, um von hier aus gleich seine Angehörigen aufzusuchen. Die Zeit bis zur Abfahrt seines Zuges wollte man zu einem Spaziergang durch die Friedrichstraße benutzen. Hier aber sah sich der Landwirt plötzlich allein. Lange hatte ihn verfehlt und war spurlos verschwunden. Jetzt stieg Steinbrecher, fuhr wieder nach Spandau, erhielt die Auskunft, daß er Schwindler in die Hände gefallen sei und wandte sich an die Spandauer Kriminalpolizei, die bald feststellen konnte, daß auch „Direktor König“ von Berlin gekommen sein mußte. Mitteilung zur Ergreifung der Gauner nehmen die Spandauer und die Berliner Kriminalpolizei entgegen.

„Neue Erziehungsmethoden.“

Ein Romanbild auf dem Rollendockplatz. Eine schrille Kinderstimme tönt herzerweichend. Das Publikum bleibt stehen, dreht sich nach der Stimme um. Ein Knabenjüngling sieht auf einem fünfjährigen, der auf dem Boden liegt, und bearbeitet ihn mit den Händen wie er kann. Und jener schreit was er kann. Knaben suchen sie auseinander zu bringen. Umsonst. Ein Herr läuft hin, von einer Dame gefolgt. Er packt den Jungen, befreit den Jüngeren, der zu weinen fortfährt und versetzt dem Weiteren ein paar Schläge. Der bellt sich über den Berührungen und reißt sich an einem tiefen Schrei, den der Kleine ihm in den Arm getan hat. Der Herr zankt. „Das ist die heutige Jugend.“ Die elegante Dame sekundiert. „Sie hätten ihn noch ein paar Ohrfeigen geben sollen.“ Ich fahre dazwischen. Natürlich, zuerst hauen die Eltern die Kinder, und dann wundert man sich, daß die älteren Kinder die jüngeren hauen.“ Sie sind wohl auch einer von der modernen Erziehung“, fährt mich mit einem von Bosheit entstellten Gesicht der Herr an. „Und ihre alte Erziehung hat es herrlich weit gebracht. Dieses hier sind die Früchte. Der eine prügelt den anderen, und jetzt erdolcht gar die Jugend einander.“ Herr und Dame entfernen sich. Das Publikum wirft mir feindselige Blicke zu. Ein junger Mensch in Sportanzug und Hornbrille gefasst sich mir bei als wolle er mich rühen. — Beobachtet man heute die Kinder beim Spielen auf der Straße — alle paar hundert Schritte eine Prügelei. Das sind die Früchte der heroischen bürgerlichen Erziehungsmethoden. Das Proletariat muß sich andere schaffen. Durch Liebe und Verständnis muß es seine Kinder zu denkenden Menschen machen, die die Macht der roten Gewalt verabscheuen.

Das gestörte Eisbeinessen.

Ein Riesendiebstahl- und Hebereiberprozess begann gestern vor dem erweiterten Schöffengericht Charlottenburg unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Reeder. Auf der Anklagebank erscheint, teilweise schwergefiesselt und begleitet von einem Schupoausgebot, das berühmte Eibrecher-Hebblatt „Achtel“, Teeg und Jöll, sowie eine Reihe Berliner Händler und Kaufleute, vorwiegend aus der Teppichbranche. Es handelt sich um die größte Teppich-Diebes- und Hebereiberbande, die jemals das Gericht beschäftigt hat. Diebe und Heber waren in Kolonnen geteilt, die selbstständig und getrennt vorgingen, aber ständig miteinander in Verbindung standen. Ursprünglich betrug die Zahl der Angeklagten nicht weniger als 87, von denen aber ein großer Teil bereits abgerichtet worden ist. In der Spitze des ganzen Konzerns stand der inzwischen verstorbene Teppichhändler Engelmann aus der Knechtstraße in Charlottenburg. Zu der Verhandlung sind 55 Zeugen und 6 Sachverständige, darunter Sachverständige für deutsche und orientalische Teppiche und medizinische Gutachter geladen. In der Verhandlung spielte ein Eisbeinessen eine große Rolle, welches Engelmann seinen Lieferanten, den Eibrecherkolonnen in einem Bierstokal zum besten gegeben hatte und zu dem so viel Gäste geladen waren, daß diese sonderbare Veranstaltung schließlich zu Ehren der Kriminalpolizei gelangte. Das an das Essen sich anschließende

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 14. Mai.

Tagesschau 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht. 4 Uhr: Vortrag des städtischen Gartendirektors Herrn Albert Brodersen: „Blumen in Haus und Garten“. 4.30—5 Uhr: Berliner Funkkapelle (Unterhaltungsmusik). 7.30 Uhr: Vortrag des Herrn Dr. Knauser: „Der deutsche Muttertag“. 8.30 Uhr: 1. Aris. „Et incarnatus est“ (mit obligatorischer Plöte), von Mozart (Martha Thanner-Offer). 2. Aris aus „Giocconda“, von Ponchielli (Artur Philips). 3. Sonate für Flöte und Klavier, von G. F. Handel (Prof. Emil Prill, Flöte). 4. a) Waldesmusik, b) Und wenn die Linde blüht, c) Waldesmusik; 4. a, b und c von Reger (Martha Thanner-Offer). 5. Carmen-Phantasie, von Boros (Prof. Emil Prill, Flöte). 6. a) O bibliche Wangen, von Brahms, b) Vergebliches Ständchen, von Brahms (Artur Philips). Am Steinway-Flügel: Kapellmeister Otto Uraak.

Langkränzen wurde ungemütlich von der rauhen Hand der Polizei durch eine Razzia gestört. Die ganze gefährliche Gesellschaft wurde hinter Schloß und Riegel gebracht. Der angeklagte Chauffeur Jöll spielte in der Verhandlung den „wilden Mann“. Nach seinem Namen gefragt, erklärte er: „Ich bin Prinz Leopold von Preußen. Vor: Wo sind Sie geboren?“ Angeklagter: „Im Bett.“ Als der Vorsitzende darauf erwidert: „Sie wollen wohl den Berrüchten spielen?“ fing der Angeklagte zu toben an. — Die umfangreiche Verhandlung fand in einem kleinen Schöffengericht statt. In dem kleinen Räume waren schließlich über 60 Personen zusammengepflegt. Verschiedenen Angeklagten wurde in der schlechten Luft unwohl, so daß sich schließlich der Vorsitzende genötigt sah, wegen der Unzulänglichkeit des Verhandlungsraumes die Sitzung vorzeitig abzubrechen und auf Donnerstag zu vertagen.

Familienidyll.

In Hundelehse. Frühlings-Sonntagmittags-Kaffeestunde. Witzkühle hat nur wenige Borwihige, die Schnupfen und Keifen nicht fürchten, in dem nach kalten Garten festhaft gemacht. Der große Saal ist überfüllt. Und wenn die aus Berlin West auch noch so sehr die Rose rümpfen — für einen oder zwei allein gibts keinen Tisch. Kellner schleppen Kuchenberge und halbe Schokolade. Nicht beim Mittagessen inmitten der schmeckenden, schmeckenden Masse ein alter Herr. Ein etwa achtjähriger Junge, in auffallend elegantes Kostüm gesteckt, stürzt auf ihn zu. „Großvater... lieber Großvater.“ Des Alten stahlharte Augen blitzen über die Brillengläser hinweg. „Ist wohl ein Irrtum, mein Sohn... hab' keinen Onkel.“ Der Junge, offenbar ein Schiebererprobler, stutzt. Dann lacht er, wie nur die Jugend lachen kann, und gefällt sich als Berliner. „Aber Großvater, mach' doch keinen Quasch... Kennst mir wohl nicht wieder in meinen neuen Anzug?“ Der Alte bleibt hartnäckig. „Ober, jähren!“ Remmert sich nicht um die mißbilligenden Blicke, die ihm folgen, und verschwindet. Wo der Alte sah, hat sich ein Wortwechsel entsponnen. Das war er doch... der Großvater... Kinderaugen sehen scharf... der Herr wohl verrückt sein. Ein junger Arbeiter und sein Wädel mischen sich ein. „Haben Sie die schätzbare Kleidung des Alten beobachtet und sein verhungertes Gesicht? Sehen Sie die Eleganz des Jungen und seiner Eltern da drüben? Urteilen Sie nicht zu schnell. Die Jungen schlucken Schokolade, befeuchten sich mit teurem Land, und den Alten lassen sie hungern. So ist's doch oft im Leben, nicht wahr?“ Am Tisch war es still geworden. Draußen ging irgendwo einsam der Alte. Nein, verrückt war er nicht. Dem froh es am Herzen...

Neues Blut im Zoo.

Tiertransporte aus allen Ländern unterwegs.

In aller nächster Zeit wird im Berliner Zoo eine Schar von etwa 20 Hamadryas oder Mantelpastanien, den heiligen Affen der alten Ägypter, aus Abessinien erwartet. Diese Rotte von Affen muß für dieses Jahr die sonst im Zoo so gern gesehenen exotischen Menschenkarawanen, wie Eingeborenen, Feuerländer und sonstige transatlantische Zeitgenossen ersetzen. Bei endgültiger Regelung unserer Verhältnisse hofft man jedoch, im nächsten Jahre im Zoo wie einst wieder wissenschaftlich wertvolle exotische Karawanen zeigen zu können. Der Tierbestand ist in den letzten Tagen wieder erheblich vergrößert worden. Da sind zunächst 10 Flamingos aus Ägypten eingetroffen, und zwar 5 ältere und 5 jüngere Tiere. Auch zwei junge Kajuars sind zur Stelle. Im neuen Vogelhaus kann man eine Schar von Loris benannt, unter ihnen Ergloris, den Gelbmantelori, den Brauchlori usw. Der letzten bei Magdeburg gefangene weibliche Biber beginnt allmählich keine Scheu abzuliegen. Das Seelöwenbassin wird ausgebaut und in einigen Tagen wird man auch dort wieder das bekannte Schauben und Bräusen von allerlei Robbengetier vernehmen. Erwähnt sei auch, daß der Zoo-Inspektor Seib zurzeit mit einem Spejoloowgen in Romio am Arktischen Meere weilt und von dort in den nächsten Wochen mit allerlei eingelangenem Seegetier, wie Lintenfischen und anderen eintreffen wird. Zur Vervollständigung sei gemeldet, daß mit der Dressur der neuen Elefanten begonnen wird, daß sich der junge Löwe kräftig entwickelt und der Schimpanse Bobby aus dem Aquarium in seine Sommerwohnung übergesiedelt ist.

Einführung von aufgerufenen Banknoten. Die Reichsbank hat die aufgerufenen Noten zu 5 Billionen Mark (I. und II. Ausgabe), zu 10 Billionen Mark (I. und II. Ausgabe) und zu 100 Billionen Mark (I. Ausgabe), die bereits seit dem 5. bzw. 20. April 1924 nicht mehr gefällige Zahlungsmittel sind, nur noch durch die Reichsbankhauptkassette, Abteilung für aufgerufene Reichsbanknoten, Berlin SW. 19, Kurstraße 38, ein. Die aufgerufenen Noten sind davon erkennbar, daß sie im Gegensatz zu den späteren Emissionen derselben Werte auf der Rückseite unbedruckt sind.

100jähriges Bestehen der Höheren Gärtner-Lehranstalt Dahlem. Für die in den Tagen vom 14. bis 16. August stattfindende Feier des 100jährigen Bestehens der Höheren Gärtner-Lehranstalt in Dahlem ist ein umfangreiches Programm aufgestellt worden. Der eigentliche Festakt findet am 15. August in der Anstalt selbst statt. Angelehnt der bescheidenen Räume hofft man, daß das Wetter die Abhaltung der Festerfeier im Freien gestalten wird. Bei ungünstiger Witterung würde im Falle ausfallender Antrages von Teilnehmern entweder der große Saal des Botanischen Gartens oder die Aula des Rendi-Gymnasiums zur Verfügung stehen.

Schmalz für Kinderbemittelte! Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit, daß vom 22. Mai bis 5. Juni 1924 durch die Stadt Berlin ein Verkauf von Schmalz zum Preise von 0,20 Goldmark je ein halbes Pfund erfolgt. Der Verkauf findet nur an diejenigen Kinderbemittelten statt, die im Besitz von Bezugskarten sind, die ihnen nach Prüfung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse von den Bezirksämtern bzw. deren einzelnen zuständigen Stellen ausgestellt werden. Ueber die im Bezirk gelegenen Verkaufsstellen erteilen die zuständigen Stellen des Bezirksamts Auskunft.

Prüfungen für das künstlerische Lehramt. Die erste Prüfung für das künstlerische Lehramt an den höheren Schulen findet in diesem Frühjahr in Berlin statt. Die Prüfungen für bildende Künste beginnen am 5. Juni an der Staatlichen Kunstschule, Brunnenstraße 1—5, die für Musik am 23. Juni in der Staatlichen Akademie für Kirchen- und Schulmusik, Hardenbergstr. 36. Meldungen sind bis spätestens 20. Mai an den Vorsitzenden des künstlerischen Prüfungsamts, Berlin W. 8, Unter den Linden 4, zu richten. Die vorzuliegenden Studienarbeiten sind an die vorgenannten Anstalten zu schicken.

Kulturstrochverkehr Königsberg—Moskau. Ab 10. Mai viermal wöchentlich Luftpostverkehr Königsberg (Pr.)—Smolensk—Moskau (Sonnabend, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag 7.30 Uhr vormittags ab Königsberg). Anschluß aus Berlin Zug 107 Berlin—Königsberg (ab Berlin am vorbeigehenden Tage 6.15 Uhr abends). Zugelassen nur gewöhnliche und eingeschriebene Briefe und Postkarten nach Rußland, Sibirien, China und Persien (außer Rußland, Persien am persischen Meerbusen). Flugzuschlag für Postkarten 20 Pf. bei Briefen 30 Pf. für je 20 Gramm. Günstigste Aufstellung beim Briefpostamt Berlin C. 2 (Königsstraße), Heiligegeiststraße; hier Schlußzeit 5 Uhr nachmittags.

Weiter für Berlin und Umgegend: Warm und gemächliche Wetter, nachmittags härter bewölkt, leichte Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken bei schwachen nordwestlichen Winden. Deutschland: In Deutschland überall warm und größtenteils trocken.

Die Sozialdemokratie nach den Wahlen

Berliner Funktionärkonferenz.

Die Berliner Funktionäre nahmen gestern in einer Konferenz die Referate der Genossin Clara Bohm-Schuch und des Genossen Crispian über den Ausgang der Wahlen und die nächsten Aufgaben der Partei entgegen. Zunächst sprach

Genossin Bohm-Schuch.

Die Schlacht, so führte sie aus, ist geschlagen, aber wir haben sie nicht verloren. Nach den Wahlen, in denen wir die Verantwortung hatten, haben wir nun die Wähler abgestimmt und den Kern unserer Wähler behalten. Unsere ganze Politik war eingestellt auf die harte Tatsache des verlorenen Krieges. Wir haben den Willen bekundet, die Schäden des Krieges wieder gut zu machen. Darum sind wir so ungeheuer bekämpft worden. Trotzdem war es nur durch unsere Politik möglich, schwere und blutige Konflikte zu vermeiden.

Das Ergebnis der Wahlen war infolgedessen eine Ueberraschung, als niemand geglaubt hätte, daß die Deutschnationalen so stark und die Sozialdemokratischen so relativ schwach aus ihnen hervorgehen würden. Diese Parteien haben versucht, die Wähler mit wüstem Geschimpfe auf den Versailles Vertrag und die Erfüllungspolitik zu tödnen. Wenn heute die Deutschnationalen in die Regierung hineinwollen, indem sie sich auf den Boden der Erfüllungspolitik stellen, so nur darum, weil sie die Lasten dieser Erfüllung auf die Schultern der arbeitenden Massen abwälzen wollen.

In längeren Ausführungen kennzeichnet die Rednerin die Politik der Kommunisten, die jeden Anlaß benutzen, um unsere Partei bis auf das Messer zu bekämpfen. Sie sind, wie sie erklärt haben, nicht in den Reichstag gegangen, um zu arbeiten, sondern um zu agitieren. Das Hervorstechendste des ganzen Wahlergebnisses ist das folgende:

Wir haben mit den Kommunisten zusammen 26 Mandate weniger als vor den Wahlen. Diese Stimmen sind also nach rechts hinübergegangen.

Den Wählermassen, die nach rechts hinübergewechselt sind, waren wir zweifellos nicht national genug, den anderen, die zu den Kommunisten gingen, waren wir zu national. Es heißt aber jetzt klare Linie zu halten. Den Kommunisten gegenüber haben wir den Staat aus unserer Ueberzeugung als Sozialdemokraten zu bejahen. Wir haben das deutsche Volk durch Schaffung der Republik vor dem Untergang bewahrt. Das wird das unergänzbare Verdienst der Sozialdemokratie sein. Wäre dieses Staatsbewußtsein in unseren Massen lebendig gewesen, so hätte die Republik nicht so zurückgehen können, wie wir es heute erleben. Gegen rechts haben wir uns gegen jede nationalistische Tendenz zu wenden, wir haben alles abzulehnen, was diesen Staat stürzen will. In alles das, was bisher zum Sturz dieses Staates unternommen wurde, denkt man nur mit großer Scham. Was in Halle geschehen konnte, ist unerhörlich. Eine Kundgebung, die ein Aufmarsch gegen die Republik sein sollte, diente unter keinen Umständen gestellt werden.

Was not tut, ist

neue Werbearbeit für die Partei.

Wir können uns mit Erfolg verteidigen nach rechts und links. Den Beweis für die Richtigkeit unserer bisherigen Politik werden wir jetzt bei dem Kampf um das Sachverständigen Gutachten bringen können. Wir müssen dabei unter allen Umständen versuchen, die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren, soweit das bei der Stärke der anderen Parteien überhaupt möglich ist. (Zwischenruf: Koalition mit den Deutschnationalen!) Davon kann gar keine Rede sein. Wer ist denn unter uns überhaupt gegen eine Koalition? Wer wäre nicht froh, wenn wir jetzt nach dem Ausfall der Wahlen in Frankreich in Deutschland eine Koalition bilden könnten, wie sie das Kabinett Birth darstellte. Eine verantwortliche Opposition muß über ihr Ziel klar sein. Entweder kann man nach dem Sturz einer Regierung das Volk wieder befragen, oder aber man muß die Regierung selbst übernehmen, die man stürzte. Alles andere ist eine Unmöglichkeit.

Wir werden in den nächsten Wochen vor die Frage gestellt sein, ob wir dem Kabinett Marx, das das Sachverständigen Gutachten angenommen hat, außenpolitisch das Vertrauen geben wollen oder nicht.

Wenn wir konsequent Erfüllungspolitik treiben wollen, so müssen wir unsere eigene Organisation stärken, so daß jeder das Gefühl hat, daß hinter den Abgeordneten im Reichstag auch die ihre Zahl entsprechende Masse und eine starke und geschlossene Organisation steht. Wir müssen daher alle Meinungsverschiedenheiten sachlich austragen. Dazu ist auch nötig, daß unter unseren Funktionären keine Unklarheiten herrschen. Dann wird es uns gelingen, die Entwicklung zum Sozialismus vorwärts zu treiben, trotz aller Rückschläge, die gekommen sind und noch kommen mögen. Dann kommt die Zeit, wo wir sagen können: Wir sind die Macht im Staat und der Staat ist unser. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Crispian

Legte in seinem großzügigen Referat die kapitalistischen Entwicklungstendenzen, die zum Weltkrieg und zu der heutigen Wirtschaftskrise geführt haben, dar. In Deutschland hatten wir nach dem Kriege einen dreifachen Kampf zu führen, zunächst gegen die Gewaltpolitik der Sieger, dann gegen die Reaktion im Innern und schließlich gegen den Bolschewismus. Trotzdem haben wir uns so geschlagen, daß wir, besonders nach dem letzten Wahlkampf, gute Hoffnung für die Zukunft haben können. Daß unsere Politik nicht ergebnislos gewesen ist, hat die Genossin Bohm-Schuch nachgewiesen. Es ist mit Recht hervorgehoben worden, daß die Regierung Birth die Ruhrbesetzung verhindern konnte, nachdem sie schon vorher durch ihre Politik Verhandlungen herbeigeführt hatte. Sie wurde durch die Schwerindustrie gestürzt. Am Ende des Ruhrkampfes haben wir nun eine völlig zerstörte Wirtschaft. Der Einfluß der Schwerindustrie führte schließlich zu einer Verschärfung der bestehenden politischen inneren Gegenstände Deutschlands, die die Auflösung des Reichstages nach sich zog. Die Sozialdemokratie mußte gegen die Regierung Marx vorgehen, weil sie das Ermächtigungsgesetz benutzte, um die Arbeiter wirtschaftlich und politisch zu entrechten. Wie ernst es der Sozialdemokratie in ihrem Kampf gegen diese Entrechtung war, beweist der Umstand, daß sie das Risiko des Wahlkampfes auf sich nahm, obwohl sie wußte, daß sein Ergebnis in einigen Wochen für sie viel günstiger geworden wäre.

Im Wahlkampf haben sämtliche Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, von dieser Hauptursache der Reichstagsauflösung nicht gesprochen. Von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten haben sich darauf beschränkt, Einzelfragen zu behandeln und die Sozialdemokratie anzugreifen. Der Redner wandte sich in längeren Ausführungen gegen den Anflug der Splitterparteien und ermahnte damit allgemeine Zustimmung. Man muß anerkennen, daß sich unsere Genossen und Genossinnen und die Quasidemokraten im Wahlkampf tapfer gehalten haben, besonders auch in Berlin, wo wir in ganz besonders schwieriger Lage waren. Unser Ordnungsdienst hat gegen den Terror der Kommunisten ausgezeichnet funktioniert und wir haben unsere Versammlungen zum weitaus größten Teil in völliger Ordnung durchführen können. Wir müssen in Zukunft unsere Versammlungen so organisieren, daß Diskussionen, die nicht zur Sache reden und sich in Beschimpfungen unserer Partei ergeben, klar gemacht wird, daß wir uns das nicht von ihnen gefallen lassen. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Frage der Regierungsbildung

hat den Parteivorstand in derselben Sitzung beschlüssig, als er einstimmig beschloß, das Sachverständigen Gutachten unter Umständen

dem Volke zur Entscheidung vorzulegen. Der Parteivorstand ist der Meinung, daß für den Augenblick eine große Koalition schon rechnerisch nicht möglich ist. Wir müssen zunächst abwarten, wie die Fraktion zu diesen Dingen Stellung nehmen wird. Wie wir uns zur neuen Regierung stellen werden, hängt auch davon ab, welche Haltung diese Regierung gegenüber unseren Forderungen bezüglich des Achtstundentages, der Abschaffung des Ausnahmezustandes und einigen anderen einnehmen wird.

Wir hatten schon im alten Reichstag eine Nebenregierung der Schwerindustrie, die so stark war, daß sie die Politik der Regierung durchkreuzen konnte. Sie wird auch im neuen Reichstag stark sein, trotzdem sich der schwerindustrielle Flügel von der Deutschen Volkspartei losgespalten hat und bei der Wahl ohne Mandat geblieben ist. Er hat jetzt keine Vertretung in den Deutschnationalen. In den Reichstag tritt auch der Schwerindustrielle Hugenberg ein, der frühere Krupp-Direktor und Mitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Er ist gegen die Annahme des Sachverständigen Gutachtens und verfügt über große Macht in der Presse. Außer einem Korrespondenzbüro, das zahlreiche Blätter speist, unterliegt der „Tag“ und der „Lokal-Anzeiger“ vollkommen seinem Einfluß. Die Schwerindustrie ist in Deutschland die Macht, mit der wir in der nächsten Zeit zu ringen haben. Es ist durchaus noch nicht so sicher, ob die Erfüllungspolitik sich durchsetzt.

Die Deutschnationalen streben aus innerpolitischen Gründen nach der Macht, sie wünschen Preußen und damit das Reich zu beherrschen.

Darum vertegen sie auch ihre Tätigkeit von Bayern nach Preußen. Wir denken gar nicht daran, ihnen durch den Antrag auf Volksentscheid über das Gutachten die eigene Entscheidung abzunehmen. Der Volksentscheid kommt erst dann in Frage, wenn der Reichstag über diese Dinge verhandelt hat. Und dabei werden die Deutschnationalen sich erheben müssen. Der Redner weist auf die großen Kosten hin, die die Ausführung des Sachverständigen Gutachtens mit sich bringt, die aber getragen werden müssen, wenn wir den Friedensvertrag überwinden wollen. Eine andere Politik würde alle Hoffnung erlöchen. Sie würde die Stellung der empfindlichen Arbeiterregierung erschüttern und alle Hoffnung, die wir an den Wahlausfall in Frankreich knüpfen, zunichte machen.

Der Wahlausfall in Frankreich

hat uns alle ohne Ausnahme überreicht. Der Sieg der Sozialisten ist dort um so erfreulicher, als wir dort den Kommunisten die Zerstörung der Partei und Gewerkschaften verdanken. Natürlich wird die neue französische Regierung nicht ohne weiteres in der Lage sein, den Versailles Vertrag zu revidieren. Ueberall sehen wir, wie nach anfänglichen Mißerfolgen die sozialistische Bewegung wieder erstarbt, in England, in Frankreich, in Dänemark und Danemark. Ich bin überzeugt, daß auch in Deutschland der Tiefstand unserer Bewegung erreicht ist, und daß wir alle Chancen haben, neue Erfolge zu erringen. Neue Kämpfe stehen bevor. Der Kampf um das Sachverständigen Gutachten, der Volksentscheid um den Achtstundentag, alles das werden große politische Aktionen sein, die uns gestatten, unsere Lastrast zu entsalten. Wir werden dabei mehr als bisher die Frauen aufzurufen müssen, wir werden uns um die Jugendlichen und die Indifferenten aus dem proletarischen Mittelstand bekümmern müssen. Vor allem aber werden wir

gegen die Bolschewisten eine klare Scheidelinie

zu ziehen haben. Diese Leute trieben eine Propaganda, die nichts mit dem Sozialismus gemeinsam hat. So haben sie in das Ruhrgebiet Blatze geschickt, die aus Berlin stammten, aber völlig russisch sind. Die Tendenz ist genau so wie die, die wir auf Plakaten in Moskau gesehen haben, auf denen es hieß: „Bauern und Arbeiter beraubt die Räuber.“ Das ist nicht sozialistisch, hat mit Marxismus nicht das geringste zu tun. Warum konnten wir in Halle keine große Gegen demonstration machen, warum konnten wir nicht allen zum Trost am 1. Mai dennoch demonstrieren? Weil uns die Kommunisten dabei in den Rücken fallen und solche Gelegenheiten in ihrem Sinne zu Fußstapfen ausbauen. In allen Fragen ist das Auftreten der Kommunisten für die Arbeiterbewegung lähmend gewesen und hat lediglich die Reaktion gestärkt.

In unseren eigenen Reihen müssen wir die Meinungsverschiedenheiten innerordentlich und mit größter Sachtätigkeit austragen, so daß die Organisation jederzeit ihre Schlagkraft behält. Keine neue Spaltung, kein Kampf gegeneinander, sondern einig und zusammen stehen. Wenn die Genossen alle von diesem Geist befeuert sind, dann können wir den Ausfall der letzten Wahl als eine vorübergehende Episode betrachten, dann wird vom 4. Mai der Aufstieg der sozialistischen Bewegung in Deutschland und damit der sozialistischen Internationale auf der ganzen Linie dauern. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion

spricht zunächst als Vertreter der kämpfenden Bergarbeiter, Hauptvorstandsmitglied Genosse Jauschek: Der Bergarbeiterkampf ist der größte, den Deutschland je erlebt hat. Der Kampf wird in den verschiedenen Bergrevieren verschiedener Ursachen wegen geführt. In den Bergarbeiterversammlungen werden uns oft die Schiedssprüche unseres Genossen Wehlich vorgehalten. Demgegenüber ist aber zu betonen, daß diese Schiedssprüche besser sind, als die anderer Schlichter. Letzten Endes ist er aber das ausführende Organ des Arbeitsministeriums. Obwohl die Zechenbesitzer alle Lohn erhöhungen ablehnten und sogar Arbeitszeitverlängerungen wollten, brachten die Schiedssprüche dennoch Lohnaufbesserungen. In der Frage der Arbeitszeit betonten die Schiedssprüche die Bestätigung der Ueberzeitabkommen vom vorigen Jahr. Trotzdem wurden die Sprüche von den Zechenbesitzern abgelehnt. Kann man der Arbeitsminister und änderte die Entscheidungen Wehlichs ab, so daß für die Bergarbeiter schlechtere Bedingungen als früher in Kraft treten sollten. Das lehnten die Bergarbeiter ab. Den Absichten der Kommunisten folgen die Bergarbeiter nicht. Sie sind sich bewußt, daß ihr Kampf auch

der Kampf für die gesamte deutsche Arbeiterschaft

ist. Trotz des riesigen Ausfalls an Kohlenförderungen besteht bei dem Bergkapital nicht das geringste Entgegenkommen, ja nicht einmal Verhandlungsbereitschaft. Die Bergarbeiter wenden sich um Hilfe an die Arbeiterschaft.

Genosse Hesse verlangt von der neuen Reichstagsaktion eine gradlinige sozialistische Politik. Unsere Politik im letzten Reichstag können wir mit gutem Gewissen vertreten, wir sollten sie, schriftlich niedergelegt, weiten Volkstreffen zugänglich machen.

Genosse Käster protestiert gegen die Genehmigung des „Deutschen Tages“ in Halle durch die Landesbehörden. (Beifall.)

Genosse Wegner hat die Befürchtung, daß unsere Partei erledigt ist, wenn wir nicht eine Politik treiben, die uns den Massen wieder näher bringt. (Widerspruch; Rufe: Beifall.)

Genosse Bernauß: Leider sind nach dem Zusammenbruch 1918 die Arbeitermassen mit Phrasen vollgestopft worden. Daraus erklären sich viele Mißerfolge unserer Partei. Sorgen wir für Aufklärung. (Großer Beifall.)

Die Versammlung beschließt, die Debatte zu beenden. In ihrem Schlußwort erklärt Genossin Bohm-Schuch: Unsere vornehmste Aufgabe muß die Sorge um die Weichhaltung der Erfüllungspolitik sein; zwangsläufig folgt daraus die Innenpolitik. Wir Sozialisten sind stets für Volkstreffen und Völkerverständigung eingetreten, wir lehnen jede Konzeption an die Gewalt ab.

Crispian (Schlußwort): Wir haben keine Verantwortung gegen das Volksgeschehen in der russischen Handelsvertreibung zu protestieren. Wir haben die Pflicht, an uns selbst zu arbeiten. Stets aus Prinzip gegen alle Maßnahmen der Parteilichkeit zu sein, bedeutet Schwächung der eigenen Partei. Bilden wir eine Schicksalsgemeinschaft für schlechte und gute Tage! Die Funktionärkonferenz nahm darauf einstimmig folgende

Entschlüsse an:

„Den im schweren Abwehrkampf gegen das Zechenkapital stehenden Bergarbeitern spricht die Funktionärkonferenz der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins die warmste Sympathie aus. Die Berliner Sozialdemokraten wünschen den Kämpfern für menschenwürdige Lebensbedingungen vollen Erfolg und verpflichten sich, ihrerseits durch rege Sammlungen beizutragen, den Kampf der Klassen- und Kampfgenossen an Rhein und Ruhr zu unterstützen.“

„Die Funktionärkonferenz der USPD, Berlins erhebt schärfsten Protest gegen das zweifelhafte Recht, das am 1. Mai im ganzen Reich und am 11. Mai in Halle gegenüber der Arbeiterschaft und der kriegstreibenden völkischen Militärdiktatur um Ludendorff geübt wurde. Sie verurteilt das brutale Vorgehen gegen die hallische Arbeiterschaft. Die Funktionärkonferenz fordert vom Parteivorstand und Fraktion, alle Schritte zu unternehmen, um den zivilen Ausnahmezustand zu beseitigen, der nur der Anebelung der Arbeiterschaft dient.“

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis Prenzlauer Berg. Die Debatte des Reichstages über die Sachverständigen Gutachten am 15. Mai, 7 1/2 Uhr, bei Schöneberg, Prenzlauer Allee 40. Die parteigebundenen Mitglieder vom Reichstag haben ebenfalls Zutritt.
 2. Kreis Kreuzberg. Donnerstag, den 15. Mai, 7 1/2 Uhr, bei Heim, Uebenaue, wichtige Sitzung. (Sommerfest, Abrechnung der Reizeiter.)
 3. Kreis Mitte. Donnerstag, den 15. Mai, ebenfalls 7 1/2 Uhr, Sitzung des Bildungsausschusses in der Wilhelmstr. 25. — 8 1/2 Uhr Vortrag des Genossen Dr. Wolff über „Der ewige Frieden“. Bitte willkommene. — Kreisverband: Der für den 17. Mai bei Krenzler anberaumte Schirmabend findet erst am 24. Mai statt.
 4. Kreis Köpenick. Donnerstag, den 15. Mai, 8 Uhr, Stationskaffee im Rathaus Köpenick.
 5. Kreis Mitte. Freitag, den 16. Mai, 7 Uhr, bei Spiegel, Uferstr. 1, wichtige Sitzung des erweiterten Kreisverbandes.
 6. Kreis Kreuzberg. Freitag, den 16. Mai, 8 Uhr, erweiterte Kreisverbandssitzung bei Krenzler, Hensburger Str. 3.
- ### Heute, Mittwoch, den 14. Mai:
10. 10. 7 1/2 Uhr, Schöneberg und Ringelbiererversammlung in der Gemeindefabrik, Uebenaue 29. Tagesordnung: „Der neue Reichstag“. — Die Funktionäre 1 Stunde früher.
 11. 7 1/2 Uhr, Abteilungsversammlung der Arbeiter, Krenzlerstr. 21. Nach dem Vortrag Neuwahl der Abteilungsleitung.
 12. 7 1/2 Uhr, Abteilungsversammlung in der Schulhaus Gemeindefabrik. 6. Vortrag des Genossen Dr. Wolff über „Der ewige Frieden“.
 13. 7 1/2 Uhr, Abteilungsversammlung mit Betriebsratsmitgliedern und Elternbeiräten bei Gohlfeld, Stolpe Str. 28.
 14. 7 1/2 Uhr, Schöneberg: 1. Bezirk: Die Genossen werden eingeladen; 2. und 3. Bezirk bei Jensch, Oberstr. 40; 4. bis 6. Bezirk bei Röhr, Bismarckstr. 13. Die Bezirksleiter holen sich vorher vom Genossen Strauß Informationen.
 15. 7 1/2 Uhr, Schöneberg: 154. und 156. Bezirk bei Koschka, Wittenberger Str. 12; 157. und 158. Bezirk bei Dertlich, Friedenstr. 88; 159. Bezirk bei Gohlfeld, Friedrichsberger Str. 22; 160. Bezirk bei Kubort, Nollhofenstraße 1; 161. bis 188. und 196. Bezirk bei Wogwitz, Bernauer Str. 13; Bezirk 189a bei Helsenberg, Krenzlerstr. 1; Bezirk 189b, o bei Linius, Wilhelm-Stolpe-Str. 24.
 16. 7 1/2 Uhr, Schöneberg bei Reuter, Jagelberger Str. 20a.
 17. 7 1/2 Uhr, Schöneberg in den bekannten Lokalen. Tagesordnung: Neuwahl der Abteilungsleitungen.
 18. 7 1/2 Uhr, Gruppenabende: Winnig, Kaulfischer Str. 46; Gehlert, Reichsberger Str. 124; Pabig, Miener Str. 67; Staudenberg, Glogauer Str. 17. 1. Stellungnahme zur Neuwahl der Abteilungsleitung, 2. Abrechnung, Material mitbringen.
 19. 7 1/2 Uhr, Schöneberg im Lokal Bursbacher, Bahnhofsbauernstr. 20.
 20. 7 1/2 Uhr, Schöneberg: 7 1/2 Uhr gemeinsame Mitgliederversammlung mit der 72. Abt. in der Gemeindefabrik, Schöneberg, Str. 13. Vortrag des Genossen Dr. Döllin.
 21. 7 1/2 Uhr, Schöneberg: 8 Uhr, Schöneberg in der Gemeindefabrik, Friedrichsberger Str. 22. Vortrag des Genossen Dr. Reichbinder: „Die Aufgaben unserer Partei“.
 22. 7 1/2 Uhr, Schöneberg: 8 Uhr, Schöneberg bei Wille, Wittenberger Str. 10; 2. Bezirk bei Jürgens, Barbarossastr. 5; 3. Bezirk bei Witzmann, Wittenberger Str. 75; 4. Bezirk bei Witzmann, Wittenberger Str. 67.
 23. 7 1/2 Uhr, Schöneberg: 8 Uhr, Schöneberg bei Witzmann, Wittenberger Str. 67. 1. bis 3. Bezirk bei Rabe, Henslerstr. 60-61; 4. und 5. Bezirk bei Schulz, Wittenberger. 6. bis 10. Bezirk bei Schulz, Wittenberger. Referenten die Genossen Buchholz und Paulus.
 24. 7 1/2 Uhr, Schöneberg: 7 1/2 Uhr, Schöneberg bei Schulz, Wittenberger. Referenten die Genossen Buchholz und Paulus.
 25. 7 1/2 Uhr, Schöneberg: 7 1/2 Uhr, Schöneberg bei Schulz, Wittenberger. Referenten die Genossen Buchholz und Paulus.
 26. 7 1/2 Uhr, Schöneberg: 7 1/2 Uhr, Schöneberg bei Schulz, Wittenberger. Referenten die Genossen Buchholz und Paulus.
 27. 7 1/2 Uhr, Schöneberg: 7 1/2 Uhr, Schöneberg bei Schulz, Wittenberger. Referenten die Genossen Buchholz und Paulus.
 28. 7 1/2 Uhr, Schöneberg: 7 1/2 Uhr, Schöneberg bei Schulz, Wittenberger. Referenten die Genossen Buchholz und Paulus.
 29. 7 1/2 Uhr, Schöneberg: 7 1/2 Uhr, Schöneberg bei Schulz, Wittenberger. Referenten die Genossen Buchholz und Paulus.
 30. 7 1/2 Uhr, Schöneberg: 7 1/2 Uhr, Schöneberg bei Schulz, Wittenberger. Referenten die Genossen Buchholz und Paulus.

Morgen, Donnerstag, den 15. Mai:

31. 7 1/2 Uhr, Schöneberg: 7 1/2 Uhr, Schöneberg bei Schulz, Wittenberger. Referenten die Genossen Buchholz und Paulus.
32. 7 1/2 Uhr, Schöneberg: 7 1/2 Uhr, Schöneberg bei Schulz, Wittenberger. Referenten die Genossen Buchholz und Paulus.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

11. Wst. Genossin Maria Josef, Ochtowstr. 2, ist verstorben. Einsetzung Donnerstag, den 15. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr im Krematorium Gerickestraße.

Jugendveranstaltungen.

Achtung, Mitglieder!

Eintrittskarten zur Jugend-Sitzung für Sonntag, den 21. Mai, vormittags 11 1/2 Uhr, in der Volkshalle, Bernauer Str. 23-25, sind im Jugendsekretariat zum Preise von 1,50 R. erhältlich.

Achtung, Abteilungsleiter!

Genossinnen müssen reiflich von allen Abteilungen die Beitragsmarken abgerechnet und für Mai abgeholt werden; ferner auch die „Arbeiter-Jugend“, „Jugend voran“ und „Internationale“.

Heute, Mittwoch, den 14. Mai, abends 7 1/2 Uhr:

Friedrichsberger Jugendheim, Berliner Str. 43. 1. Edes Schloßstr. Vortrag: „Jugend und soziale Fragen“. — Krenzler: Schule, Uebenaue, 25. Vortrag: „Soziale Fragen“. — Wittenberger-Mitte: Jugendheim, Döllstr. 22. Diskussion: „Der neue Reichstag“. — Wittenberger: Schule, Uebenaue, 25. Vortrag: „Wie sie ist und wie sie sein soll“. — Wittenberger-Mitte: Schule, Uebenaue, 25. Vortrag: „Unsere Aufgaben in der Abteilungsleitung“. — Oden (Frankfurter Viertel): Schule, Uebenaue, 25. Vortrag: „Gesundheitspflege der Jugend“. — Oden (Vereinsleiter): Schule, Uebenaue, 25. Vortrag: „Schulbuchreform und Kino“. — Krenzler: Schule, Uebenaue, 25. Vortrag: „Die neue Schule“. — Wittenberger: Katholische Schule, Wittenberger, Edes Antonstraße, Vortrag: „Staatsschulreform“.

Herzfelder: Oden: Schule, Uebenaue, 25. Vortrag: „Aufgaben der USPD und ihr Verhältnis zum Elternhaus.“

Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands, Bezirksverband Groß-Berlin. An alle Funktionäre! Am 20. Mai, abends 7 Uhr, findet im Lehrervereinshaus, großer Saal, Alexanderplatz, eine große Propagandaversammlung statt. Tagesordnung: 1. Dauerkolonien (sowie sonstige Gegenstände) und Kulturaufgaben des deutschen Kleingartenbaues. (Referent: Herr Rektor Förster, erster Vorsitzender des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands, Frankfurt.) 2. Verdrängung der Kleingartenkolonien durch Deimelkolonien. (Referent: Herr Regierungsrat Otto Albrecht, Berlin.) In dieser Versammlung sollen erheben: Der Vorstand des hiesigen Propagandaverbandes, alle Vorstandsmitglieder und Delegierten der angeschlossenen Bezirksverbände sowie die Vorsitzenden der einzelnen Vereine. Keiner darf fehlen, denn diese Versammlung ist bestimmt, unsere Wünsche den Vertretern der Regierung und sonstigen Behörden zu unterbreiten, die eingeladen sind. Alle an diesem Tage stattfindenden Bezirksdelegierten-Versammlungen sind um eine Woche zu verschieben.

Mittwoch
Donnerstag
Freitag

3 außergewöhnlich billige Kurzwarentage

Groß-Einkaufstage für Schneiderinnen und Hausfrauen
Nicht an Händler / Neugengebilde vorbehalten!

Kaum wiederkehrende Gelegenheit zu hervorragend günstiger
Eindeckung des Bedarfs

Maschinengarn schwarz und weiß, 300 Meter 10 Pf.	Stopfwist alle Farben 3 Knäuel 20 Pf.	Druckknöpfe Marke Lilie oder Nelke 3 Dtl. 10 Pf.	Pa. Mako-Schuhsenkel 100cm 8 Pf. 120cm 10 Pf.	Barmer Wäschespitzen in 3 Breit. 5 m, 7 m, 10 m Stück 95 Pf.	Kinder-Gummi- strumpfhalter Paar 15 Pf.
Konfektionsgarn schwarz und weiß, 1000 Meter 38 Pf.	Stahlstecknadeln Brief 3 Pf.	Lockennadeln gewellt 3 Pack 5 Pf.	Baumwollband weiß Stück 7 Pf.	Pa. Wäscheknopfe 14-20 lüng. . Karte 3 Dtl. 25 Pf.	Damen-Gummi- strumpfhalter, verschiedene Ausführungen Paar 35 Pf.
Baumw.-Sternzwirn 30 Meter, 3 Sterne 10 Pf.	Stahlstecknadeln 50 gr. Karton 25 Pf.	Haarnadeln glatt und gewellt 3 Pack 10 Pf.	Körperband 2 1/2 Meter, schwarz und weiß 6 Pf.	Strumpf-Gummiband glatt, ca. 11 mm breit, Meter 20 Pf.	Elegant garnierte Damen-Strumpfhalter Paar 90 Pf.
Gruschwitz Leinen- zwirn 30 Meter, 3 Sterne 10 Pf.	Nähnadeln Nähn. Gelbschild, Brief 9 Pf.	Haarnadeln Mahren- kopf Karton 12 Pf.	Barmer Wäschebesätze nur Bogen . . . Meter 8, 5, 3 Pf.	Gummiband prima Seide 40 Pf.	Armblätter mit prima Gummipolster Paar 45 Pf.
	Druckknöpfe Zerkant oder Kabiner Dtl. 5 Pf.	Sicherheitsnadeln sortiert, Größe 0-4 . . Dtl. 6 Pf.			

Puttnerstoffe: Jakonet schwarz und grau Mtr. 85 Pf.	Satins großes Farbensortim. ment, 60 cm breit Mtr. 1.65	Jackenfutter in Serge, 100 cm breit . . . Mtr. 1.95	Jackenfutter in Serge, 140 cm breit . . . Mtr. 2.45
Köper schwarz und grau Mtr. 1.10	Aermelfutter gute Qual., helle Streifen, Mtr. 1.25	Halbseiden-Serge für Jackenfutter Mtr. 1.95	Jackenfutter Wollserge, 140 cm breit Meter 4.25

Groß angelegte Abteilungen für Spitzen, Besätze, Seidenbänder

Sensations-Angebot!
Strickwolle

Strickwolle	Qualität Doublet, schwarz u. meliert, ca. 100 Gramm	1.25
Strickwolle	Qualität Blaugelb, Stern 100 Gramm	95 Pf.
Strickwolle	prima Qualität, schwarz u. grau, ca. 100 Gramm	1.35

Berlin-Schöneberg **Hauptstr. 149** Berlin-Nordosten **Landsberger Allee 29** Ecke **Turmstr. 11** **Moabit** **Turmstr. 11** **Ostftr.**

Indemann & Co
AKTIENGESELLSCHAFT

Hervorragend billige Stickereien

Pa. Wäschestickerei	schwarze Meter	18 Pf.
Feinste Stickerei	ca. 6 cm breit . . .	38 Pf.
Rocksstickerei	ca. 25 cm breit	1.25 95 Pf.

Julioffers
Kaffee
Von erlesener Güte
Tea

Dr. Thompson's Seifenpulver
macht die Wäsche blendend weiss.

Wohnwaren-Verkauf liefert Polstermöbel, Teppiche, Vorhänge, Gardinen, etc. in großer Auswahl zu billigen Preisen.

Herren- und Damen-Modelliererei liefert maßgeschneiderte Kleider, Anzüge, etc. in besten Stoffen.

Reparaturwerkstatt für alle Arten von Maschinen, etc.

Möbel-Verkauf liefert alle Arten von Möbeln, etc. zu billigen Preisen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Schraubendreher Achtung!

Kollegen der Spritzgussbetriebe!
heute, Mittwoch, den 14. Mai, abends 7 Uhr, im Vereinslokal, Eisenstraße 83-85.

Verammlung
Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Das Erscheinen aller Kollegen und Kollegen ist unbedingt notwendig.

Die Octoerwaltung.

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Nichtenberg, Einladung

ordentlichen Sitzung des Ausschusses zu Mittwoch, den 21. Mai, nachm. 5 Uhr, im Kassenlokal, Magdalenenstr. 16, 1. Stock.

Die Octoerwaltung.

Einladung

ordentlichen Sitzung des Ausschusses zu Mittwoch, den 21. Mai, nachm. 5 Uhr, im Kassenlokal, Magdalenenstr. 16, 1. Stock.

Die Octoerwaltung.

Für stärkste Figuren Passendes!
Keine Reklamewaren! Nur Qualitäten!
Extra-Angebote!

„Helgar“ 130 lang, in vierfarbigen Sorten, schwarz, blau, grün, weinrot und Covercoat 29.-

Modell-Mäntel 30, 44, 100.-
Mantelkleid (Modelle) 80, 75.- 105.-
Donegal-Kostüme 32.-
Kammg.-Kostüme 49.50
Pelzmäntel jetzt 350.-
Pelzjacken 185.-

Sealplüschmänt. ta 152.-
Seidenplüschmäntel 99.-
Biberplüschmänt. 126.-
Astrachanmäntel 45.-
Gabardine-Röcke 39.-
Sportröcke 6.50

Kauselidene Jumper, Strickwesten u. Strickjacken in vielen Farben zum Ausw. soweit Vorrat 13.50

WESTMANN

1. Geschäft: Berlin W. 8, Mohrenstraße 37a
2. Geschäft: Berlin NO., Gr. Frankfurter Str. 115

Möbel
Handfunkt. Kleiderbügel 15.-, Bettl. 14.50, Sofa 15.-, Schreibtisch 28.-, Buffet 25.-, Küchenschrank 22.-, Bettl. 12.50, Kleiderschrank 12.50, Kleiderschrank in Einzelteilen sowie Schlafzimm., Speisest., etc.

Garten- u. Laube- u. Balkon
Abflusspumpen, Ventilatoren, Reparaturwerkzeuge, etc.

Möbel
Handfunkt. Kleiderbügel 15.-, Bettl. 14.50, Sofa 15.-, Schreibtisch 28.-, Buffet 25.-, Küchenschrank 22.-, Bettl. 12.50, Kleiderschrank 12.50, Kleiderschrank in Einzelteilen sowie Schlafzimm., Speisest., etc.

Achtung!!!
Beim Einkauf von je 20 - M. erhält jeder Käufer bis auf weiteres 100 Zigaretten gratis!
Einkaufspreise sind nicht erhöht und wie bekannt billig!

Marken-Zigaretten
Zigarren
Kau-, Rauch- u. Schnupftabak
Michaelstr. 24
Nähe Jannowitz-Br.
Marktplatz 15 187
Verkauf nur an Wiederverkäufer!

Wurmex
vertreibe trilloles alle lästlichen Eingeweide-
würmer 1.75, Kinder 1.40, Sp. 1.10
Wormex-Salbe 2.75, 5.75, 8.75, 11.75, 14.75, 17.75, 20.75, 23.75, 26.75, 29.75, 32.75, 35.75, 38.75, 41.75, 44.75, 47.75, 50.75, 53.75, 56.75, 59.75, 62.75, 65.75, 68.75, 71.75, 74.75, 77.75, 80.75, 83.75, 86.75, 89.75, 92.75, 95.75, 98.75, 101.75, 104.75, 107.75, 110.75, 113.75, 116.75, 119.75, 122.75, 125.75, 128.75, 131.75, 134.75, 137.75, 140.75, 143.75, 146.75, 149.75, 152.75, 155.75, 158.75, 161.75, 164.75, 167.75, 170.75, 173.75, 176.75, 179.75, 182.75, 185.75, 188.75, 191.75, 194.75, 197.75, 200.75, 203.75, 206.75, 209.75, 212.75, 215.75, 218.75, 221.75, 224.75, 227.75, 230.75, 233.75, 236.75, 239.75, 242.75, 245.75, 248.75, 251.75, 254.75, 257.75, 260.75, 263.75, 266.75, 269.75, 272.75, 275.75, 278.75, 281.75, 284.75, 287.75, 290.75, 293.75, 296.75, 299.75, 302.75, 305.75, 308.75, 311.75, 314.75, 317.75, 320.75, 323.75, 326.75, 329.75, 332.75, 335.75, 338.75, 341.75, 344.75, 347.75, 350.75, 353.75, 356.75, 359.75, 362.75, 365.75, 368.75, 371.75, 374.75, 377.75, 380.75, 383.75, 386.75, 389.75, 392.75, 395.75, 398.75, 401.75, 404.75, 407.75, 410.75, 413.75, 416.75, 419.75, 422.75, 425.75, 428.75, 431.75, 434.75, 437.75, 440.75, 443.75, 446.75, 449.75, 452.75, 455.75, 458.75, 461.75, 464.75, 467.75, 470.75, 473.75, 476.75, 479.75, 482.75, 485.75, 488.75, 491.75, 494.75, 497.75, 500.75, 503.75, 506.75, 509.75, 512.75, 515.75, 518.75, 521.75, 524.75, 527.75, 530.75, 533.75, 536.75, 539.75, 542.75, 545.75, 548.75, 551.75, 554.75, 557.75, 560.75, 563.75, 566.75, 569.75, 572.75, 575.75, 578.75, 581.75, 584.75, 587.75, 590.75, 593.75, 596.75, 599.75, 602.75, 605.75, 608.75, 611.75, 614.75, 617.75, 620.75, 623.75, 626.75, 629.75, 632.75, 635.75, 638.75, 641.75, 644.75, 647.75, 650.75, 653.75, 656.75, 659.75, 662.75, 665.75, 668.75, 671.75, 674.75, 677.75, 680.75, 683.75, 686.75, 689.75, 692.75, 695.75, 698.75, 701.75, 704.75, 707.75, 710.75, 713.75, 716.75, 719.75, 722.75, 725.75, 728.75, 731.75, 734.75, 737.75, 740.75, 743.75, 746.75, 749.75, 752.75, 755.75, 758.75, 761.75, 764.75, 767.75, 770.75, 773.75, 776.75, 779.75, 782.75, 785.75, 788.75, 791.75, 794.75, 797.75, 800.75, 803.75, 806.75, 809.75, 812.75, 815.75, 818.75, 821.75, 824.75, 827.75, 830.75, 833.75, 836.75, 839.75, 842.75, 845.75, 848.75, 851.75, 854.75, 857.75, 860.75, 863.75, 866.75, 869.75, 872.75, 875.75, 878.75, 881.75, 884.75, 887.75, 890.75, 893.75, 896.75, 899.75, 902.75, 905.75, 908.75, 911.75, 914.75, 917.75, 920.75, 923.75, 926.75, 929.75, 932.75, 935.75, 938.75, 941.75, 944.75, 947.75, 950.75, 953.75, 956.75, 959.75, 962.75, 965.75, 968.75, 971.75, 974.75, 977.75, 980.75, 983.75, 986.75, 989.75, 992.75, 995.75, 998.75, 1001.75, 1004.75, 1007.75, 1010.75, 1013.75, 1016.75, 1019.75, 1022.75, 1025.75, 1028.75, 1031.75, 1034.75, 1037.75, 1040.75, 1043.75, 1046.75, 1049.75, 1052.75, 1055.75, 1058.75, 1061.75, 1064.75, 1067.75, 1070.75, 1073.75, 1076.75, 1079.75, 1082.75, 1085.75, 1088.75, 1091.75, 1094.75, 1097.75, 1100.75, 1103.75, 1106.75, 1109.75, 1112.75, 1115.75, 1118.75, 1121.75, 1124.75, 1127.75, 1130.75, 1133.75, 1136.75, 1139.75, 1142.75, 1145.75, 1148.75, 1151.75, 1154.75, 1157.75, 1160.75, 1163.75, 1166.75, 1169.75, 1172.75, 1175.75, 1178.75, 1181.75, 1184.75, 1187.75, 1190.75, 1193.75, 1196.75, 1199.75, 1202.75, 1205.75, 1208.75, 1211.75, 1214.75, 1217.75, 1220.75, 1223.75, 1226.75, 1229.75, 1232.75, 1235.75, 1238.75, 1241.75, 1244.75, 1247.75, 1250.75, 1253.75, 1256.75, 1259.75, 1262.75, 1265.75, 1268.75, 1271.75, 1274.75, 1277.75, 1280.75, 1283.75, 1286.75, 1289.75, 1292.75, 1295.75, 1298.75, 1301.75, 1304.75, 1307.75, 1310.75, 1313.75, 1316.75, 1319.75, 1322.75, 1325.75, 1328.75, 1331.75, 1334.75, 1337.75, 1340.75, 1343.75, 1346.75, 1349.75, 1352.75, 1355.75, 1358.75, 1361.75, 1364.75, 1367.75, 1370.75, 1373.75, 1376.75, 1379.75, 1382.75, 1385.75, 1388.75, 1391.75, 1394.75, 1397.75, 1400.75, 1403.75, 1406.75, 1409.75, 1412.75, 1415.75, 1418.75, 1421.75, 1424.75, 1427.75, 1430.75, 1433.75, 1436.75, 1439.75, 1442.75, 1445.75, 1448.75, 1451.75, 1454.75, 1457.75, 1460.75, 1463.75, 1466.75, 1469.75, 1472.75, 1475.75, 1478.75, 1481.75, 1484.75, 1487.75, 1490.75, 1493.75, 1496.75, 1499.75, 1502.75, 1505.75, 1508.75, 1511.75, 1514.75, 1517.75, 1520.75, 1523.75, 1526.75, 1529.75, 1532.75, 1535.75, 1538.75, 1541.75, 1544.75, 1547.75, 1550.75, 1553.75, 1556.75, 1559.75, 1562.75, 1565.75, 1568.75, 1571.75, 1574.75, 1577.75, 1580.75, 1583.75, 1586.75, 1589.75, 1592.75, 1595.75, 1598.75, 1601.75, 1604.75, 1607.75, 1610.75, 1613.75, 1616.75, 1619.75, 1622.75, 1625.75, 1628.75, 1631.75, 1634.75, 1637.75, 1640.75, 1643.75, 1646.75, 1649.75, 1652.75, 1655.75, 1658.75, 1661.75, 1664.75, 1667.75, 1670.75, 1673.75, 1676.75, 1679.75, 1682.75, 1685.75, 1688.75, 1691.75, 1694.75, 1697.75, 1700.75, 1703.75, 1706.75, 1709.75, 1712.75, 1715.75, 1718.75, 1721.75, 1724.75, 1727.75, 1730.75, 1733.75, 1736.75, 1739.75, 1742.75, 1745.75, 1748.75, 1751.75, 1754.75, 1757.75, 1760.75, 1763.75, 1766.75, 1769.75, 1772.75, 1775.75, 1778.75, 1781.75, 1784.75, 1787.75, 1790.75, 1793.75, 1796.75, 1799.75, 1802.75, 1805.75, 1808.75, 1811.75, 1814.75, 1817.75, 1820.75, 1823.75, 1826.75, 1829.75, 1832.75, 1835.75, 1838.75, 1841.75, 1844.75, 1847.75, 1850.75, 1853.75, 1856.75, 1859.75, 1862.75, 1865.75, 1868.75, 1871.75, 1874.75, 1877.75, 1880.75, 1883.75, 1886.75, 1889.75, 1892.75, 1895.75, 1898.75, 1901.75, 1904.75, 1907.75, 1910.75, 1913.75, 1916.75, 1919.75, 1922.75, 1925.75, 1928.75, 1931.75, 1934.75, 1937.75, 1940.75, 1943.75, 1946.75, 1949.75, 1952.75, 1955.75, 1958.75, 1961.75, 1964.75, 1967.75, 1970.75, 1973.75, 1976.75, 1979.75, 1982.75, 1985.75, 1988.75, 1991.75, 1994.75, 1997.75, 2000.75

Buchdruckerei
Bureaubedarfsgroßhandlung
sucht einen bei Händlern und
Verbrauchern bestens ein-
geführten, sachkundigen
Vertreter

Jüngerer Nadler
der behauptet, völlig selbständig Compen-
sationsarbeit nach Zeichnung auszuführen
und zu liefern sowie sich auch die
dazu nötigen Modelle anzufertigen, wird
lohnend bei gütiger Lohn gel. Schriftl. Off.
Metallwarenfabrik Willy F. Staackel
G. m. b. H., Drogen L. 6a.

Das Ziel der Unternehmer.

Von Clemens Körpel.

Vor kurzem ist in der „Sozialen Praxis“ ein Artikel von Dr. Frieda Wunderlich „Deutschlands soziales Dumping“ erschienen. Hiernach sollen im Ausland die Klagen über das deutsche Dumping nicht aufhören, und zwar sei jetzt dieses soziale Dumping zurückzuführen auf den Abbau der sozialpolitischen Errungenschaften, also die Niedrighaltung des Lohnes und die Verlängerung der Arbeitszeit. Daneben wird bezweifelt, ob die deutsche Industrie ihren technischen Apparat auf derselben Höhe wie die Industrie anderer Länder gehalten hat. In weiteren Artikeln wird den Ausführungen von Dr. Wunderlich entgegengetreten von Dr. Längler (Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) und Dr. Rötgen (Vorsitzendem des Direktoriums der Siemens-Schuckert-Werke), während ein Artikel von Dr. Bruno Rauwer die von Dr. Wunderlich im dem sozialen Dumping gesehenen Schäden nicht anerkennt, sondern sie in der Sozialen Reaktion sieht.

Die Unternehmer sehen in beiden eine schwere Gefahr für den deutschen Export, und zwar in dem Sinne, daß sie behaupten, Feststellungen durch deutsche Kreise, daß die deutschen Unternehmer statt ihre Betriebe technisch auf die Höhe zu bringen, ihre Konkurrenzmöglichkeiten durch Ausbeutung der deutschen Arbeitnehmer erhalten, würden Deutschland den Weltmarkt verschließen. Denn das soziale Dumping, wenn es anerkannt würde, führe im Auslande zu Abperrrollen und die festgestellte technische Mangelhaftigkeit des deutschen Apparates mindere das Zutrauen zu unseren Erzeugnissen. Also dürfe man von beiden nicht sprechen, wenn man nicht als Deutscher sein Vaterland herabsetzen wolle. Auf diese bequeme Art, aus nationalen Gründen eine Erörterung von großer Wichtigkeit abzubrechen, um den Unternehmern ihre Profitmöglichkeiten nicht zu schmälern, lassen sich die Dinge aber nicht aus der Welt schaffen. Damit könnte man die Arbeitnehmer überhaupt mundtot machen.

Die Frage des sozialen Dumpings kann allerdings auscheiden, da sie nicht entscheidend und von den deutschen Arbeitnehmern auch gar nicht aufgeworfen worden ist. Dagegen muß über die technische, organisatorische und kalkulatorische Gestaltung der deutschen Produktion noch viel mehr als bisher gesprochen werden. Was auf Seiten der Arbeitnehmer alles abgehandelt ist, darüber wird nachher noch zu handeln sein, vorweg sei einmal die Frage aufgeworfen, was ist auf Arbeitgeberseite geschehen, um die Wirtschaft zum höchsten Grade der Leistungsfähigkeit zu bringen. Wo ist das Heer arbeitsloser Unternehmer? Denn daß eine große Zahl von Kriegs- und Nachkriegsgewinn-Unternehmern heute überflüssig sind, darüber ist doch kein Zweifel. Zweitens, welche technisch nicht leistungsfähigen Betriebe sind ausgemerzt? Auch hier ist doch nicht zweifelhaft, daß es solche in großer Zahl gibt. Drittens, ist Vorfrage getroffen, daß nicht durch eine Kartellpolitik jede gesunde Konkurrenz ausgeschaltet wird? Viertens, sind alle Kalkulationen unter Ausnutzung aller technischen und organisatorischen Möglichkeiten so erfolgt, daß bei niedriger Gewinnspanne jede lebensnotwendige Ware für den Massenbedarf zum denkbar billigsten Preise geliefert werden kann? Fünftens, sind alle Vorteile einer möglichen Normung und Typisierung ausgenutzt?

Die Unternehmer mögen sich einmal weniger um das Wohl des Vaterlandes und die Notgemeinschaft mit den Arbeitnehmern kümmern und sich endlich ernsthaft mit der Beantwortung der vorstehenden fünf Fragen beschäftigen. Hier hilft dann allerdings kein Mundspinnen mehr, hier muß gepfeifen werden. Alle Unterlagen sind offen zu legen, damit sie uneingeschränkt geprüft werden können. Die Arbeitgebersyndici sollen dadurch nicht mit noch mehr Arbeit überbürdet werden, im Gegenteil, auf ihre Mitwirkung wird im Interesse des Vaterlandes ganz verzichtet. Gerade die Syndici sind es ja, welche immer die Meinung vertreten, daß die Arbeitnehmer von ihren Gewerkschaftssekretären verbeizt würden, daß sich betriebsfremde Verlangen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer mischen. Das ist durchaus unzutreffend, denn die Gewerkschaftssekretäre sind aus der Arbeiterschaft herausgewachsen und haben meist eine sehr große praktische Erfahrung. In vollkommenem Gegensatz hierzu sind die Syndici in der Mehrzahl Rechtsanwälte und vielfach noch jung an Jahren, verstehen von der Wirtschaft recht wenig und haben sie zu einer Unterabteilung der Rechtswissenschaft gemacht. Also die Wahrheit wäre in diesem Falle nur ohne die Syndici zu ergründen. Jedenfalls ist es die dringendste Aufgabe der Unternehmer, unter sich selbst nach dem Rechten zu sehen.

Eine Wirtschaft ist auf die Dauer unmöglich, wenn sie sich nur auf den Export einstellen will. Das Wichtigste ist die Befriedigung des Inlandbedarfs. Lebensmittel, Wäsche, Kleider, Schuhe, Möbel usw. werden von den deutschen Arbeitnehmern in ungeheuren Mengen dringend gebraucht. Trotzdem haben wir Millionen Arbeitslose. Die Inlandpreise sind fast durchweg höher als in der Vorkriegszeit. Die Löhne dagegen sind nominell günstigenfalls so hoch wie in der Zeit vor dem Kriege, die Kaufkraft ist aber in allen Fällen erheblich geringer. Aus diesen Zuständen ergibt sich nicht nur eine Drosselung des Inlandsmarktes, sondern auch eine Erschöpfung der Arbeitskraft durch Sorge, Not und

Unterernährung und hieraus wiederum auch eine Erschöpfung des Exportes.

Wenn nun also auch unerörtert bleiben kann, ob es ein soziales Dumping gibt, eine soziale Reaktion gibt es unter allen Umständen, und deren Urheber sind ebenso unbestreitbar die Unternehmer. Es ist eben einfach als geistlos, den Begriff „Erhöhung der Produktion“ gleichzustellen mit Verlängerung der Arbeitszeit und Niedrighaltung der Löhne. Der Kampf gegen den Zwangstarif ist für die Unternehmer weiter nichts als der Kampf gegen den Tarifvertrag überhaupt und damit wiederum der Kampf gegen die Gewerkschaften. Da aber die Gewerkschaften nichts Abstraktes, sondern die von den Arbeitnehmern geschaffenen Vertretungen der Arbeitnehmer sind, ergibt sich hieraus der Kampf der Unternehmer gegen die Arbeitnehmer. Mit der Produktivität der Wirtschaft hat das aber ganz bestimmt nichts mehr zu tun. Deshalb ist es scheinheilig, wenn die Unternehmer dabei auch von der falschen Klassenkampfeinstellung der Arbeitnehmer reden. Nicht die Unternehmer, sondern Mittelstand und Arbeitnehmer haben in der Zeit der Inflation ungeheure Opfer gebracht. Nicht nur die Ersparnisse dieser Schichten sind dabei restlos verloren gegangen, sondern auch Hausrat, Wäsche usw. mußten geopfert werden. Jetzt wagen es die Unternehmer, bevor sie in ihren eigenen Reihen Ordnung geschaffen haben, von Opfern zu reden, welche „auch“ die Arbeitnehmer bringen müssen.

Was in der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ und in der Eingabe der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an den Reichstag von den Unternehmern alles behauptet worden ist, braucht hier nicht wiederholt zu werden. Es kommt vielmehr auf die Beantwortung der aufgestellten fünf Fragen durch die Unternehmer an. Es soll nicht behauptet werden, daß alle Äußerungen der Unternehmer nur Redensarten zur Verhüllung der Wahrheit sind. Eines aber ist sicher, daß viele Behauptungen der Unternehmer geistig so tieftehend sind, daß die Unterstellung eine Beleidigung wäre, die Unternehmer würden diesen Unsinn selbst auch glauben. Aber sehr viele Ausführungen insbesondere durch die Syndici werden nur gemacht, um damit auf die „dumme Masse“ zu wirken.

Nur an einem Beispiel sei nachgewiesen, mit welchen „Argumenten“ die Unternehmer durch die Syndici heute noch arbeiten. Vor den Arbeitgeberverbänden Selbsti und Umgehend, Nettmann-Wilfrath und Kreis Nettmann hat der Syndikus Rechtsanwalt Dr. Klemer-Eberfeld einen Vortrag gehalten. Dieser Vortrag ist gedruckt erschienen und hiernach hat der Herr Syndikus u. a. ausgeführt:

„Und so vermissen wir dann zunächst, daß als Gegenmaßnahme gegen den Ruhrkampf nicht unbarmherzig ausgedrückt wurde mit dem Achtstundentag.“ „Es konnte mehr produziert werden, es konnte mehr exportiert werden und der Staat bekam Geld herein, um die Ruhrkämpfer unterstützen zu können.“ „Der unheilvolle Einfluß der Gewerkschaften war es, der den Ruhrkampf ebenfalls begleitet hat zusammenbrechen lassen.“

„Zur Rettung des Sozialismus mußte der Kampf im Jahre 1918, der allem menschlichen Ermessen nach trotz aller feindlichen Anstrengungen, vielleicht noch ein Siegkampf gewesen wäre, zum mindesten aber ein Remis geworden wäre, verloren werden.“ „Kein weiterer Abschluß von Rahmentarifen. Wenn die Zeit, die Vorregelungen einseitig oder im Betriebe durch betriebliche Vereinbarungen zu lösen, noch nicht gekommen sein sollte — es kann vielleicht noch nicht soweit sein —, dann sollte die Unternehmerschaft m. E. sich doch mit allen Kräften dagegen wehren, daß weitere Rahmentarife abgeschlossen werden. Die meisten Bestimmungen, die die Rahmentarife enthalten, sind, wenn wir wieder hochkommen wollen, für die Wirtschaft nicht tragbar.“ „An der Spitze unserer Tätigkeit auf diesem Gebiet muß programmatisch verwertet und durchgeführt werden der Gedanke der Notgemeinschaft.“ „Noch nicht einmal Abschaffung der Betriebsräte, aber Abschaffung der gewählten Betriebsräte und Ersatz durch ernannte Betriebsräte, nicht durch Zufallsmajorität radikaler Belegschaften gemählte Betriebsräte, sondern Betriebsräte, Arbeiterschüsse, deren Zugehörigkeit auf einem besonderen Vertrauen des Arbeitgebers beruht.“

Es ist wirklich nicht möglich, zu diesen „wissenschaftlichen“ Ausführungen Stellung zu nehmen, und es hieße die Unternehmer beleidigen, wenn man glauben würde, daß sie diese Weisheiten für bare Münze nehmen. Der Zweck dieser von den Unternehmern ja allgemein geübten Methode ist, die Arbeitnehmer dumm zu machen. Zur Erreichung dieses Zweckes ist aber noch ein weiteres nötig, was der gelehrte Herr Syndikus in die lateinischen Worte setzt: „Ceterum censeo Societates esse delendas.“ (Die Gewerkschaften müssen zerstört werden.)

Aus einem anderen Bode pfeift der Syndikus des Arbeitgeberverbandes in Minden, W. Debus, in einem Artikel „Reherei“ in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“. Diefem Herrn sind die Redensarten seiner Unternehmer von „Vaterland“, „Wohl der Allgemeinheit“, „Festhalten der Mark“, „Notgemeinschaft“ usw. auf die Nerven gefallen. Er erinnert seine Unternehmer daran, daß sie im November 1918 aus Angst den Achtstundentag bewilligt hätten, und zwar aus Angst um ihren Profit. Deshalb dürften die Unternehmer jetzt nicht von hehren Grundfäden reden, sondern sie müßten ihre Grundfäden durchhalten, auch wenn der Profit darunter leidet. Das ist der Sinn dieser sehr vorsichtigen Äußerung.

So oder so, der Effekt ist stets, die Arbeitnehmer niederzuhalten und den Profit zu erhöhen. Es würde den Unternehmern nicht schlecht anstehen, wenn sie der Wahrheit die Ehre geben würden. Aber das ist vielleicht zuviel verlangt von einer Klasse, die nicht, wie die Arbeitnehmer 1918, im Vollbesitz der Macht im Interesse der Allgemeinheit und des Staates auf deren rücksichtslose Ausnutzung verzichten wollen. Deshalb ist aber auch das Gerede von der Notgemeinschaft der Unternehmer und der Arbeitnehmer nichts als Schwindel. Man mag es bedauern oder nicht, hier gibt es nur den Kampf. Die Arbeitnehmer müssen mit Hilfe starker Gewerkschaften die soziale Reaktion überwinden.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Stroh-Berliner Gruppen für freie Körperkultur. Am Donnerstag, den 15. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Hölzel-Saal, Behrenstr. 8 (Eingang: In den Betten). Vortrag des Genossen Adolf R. o. s. Die Frage ist mein Kind auf — im Anschluß an Gebens Schrift: „Sub und Super“. Gäste, durch Mitglieber eingeladen, willkommen.

Wirtschaft

Krise und Inlandskonsum.

Trotzdem die Krise immer weiter um sich greift, suchen die Unternehmer das hohe Preisniveau zu halten. Der Schwierigkeit der Beschaffung von Betriebsmitteln suchen sie auszuweichen durch bedenkliche Gepflogenheiten in der Abdeckung abgelaufener Kredite, die Preise wollen sie halten auf Kosten der Arbeiter. Längere Arbeitszeit und niedrige Löhne sollen ihnen dazu helfen. Diese Taktik bedeutet die Hinauszögerung der notwendigen Gesundung und fortgesetzten sozialen Druck auf die Arbeiterschaft. In diesem Sinne ist eine Entschließung gehalten, die der Arbeitsausschuß des Verbandes der mitteldeutschen Industrie am 10. Mai in Eisenach faßte. In dieser Entschließung heißt es:

„Die Lösung der Reparationsfrage wird, wie sie auch erfolgen mag, allen Teilen des deutschen Volkes ungeheure Lasten bringen. Bei der durch das Versailler Diktat verhängten und vertürzten Verfolgung der Produktionsbasis der deutschen Volkswirtschaft werden diese Lasten nur durch sorgsamste Sparsamkeit, außergewöhnliche Arbeitsleistung und schwere Entbehrungen tragbar gemacht werden können. Neue Kämpfe gegen die notwendige Mehrleistung und Arbeitszeitverlängerung, übertriebene Forderungen nach Sicherstellung einer früheren Lebenshaltung, die bei den vorhandenen Mitteln und den uns auferlegten Lasten nicht gewährleistet werden können, müssen bei der allgemeinen Kapitalnot und der im Wirtschaftsinteresse nötig gewordenen Kreditdrosselung in kürzester Frist zu einer allgemeinen Stilllegung der Betriebe führen. Hierüber darf die auch jetzt noch bestehende Inlandskonjunktur in den einzelnen Industrien nicht hinwegtäuschen, die zur Rohstoffbeschaffung Devisen verzehren, ohne durch Export neue Devisen beschaffen zu können. Solche Konjunktur beruht nur auf einer über die Verhältnisse übersteigerten Nachfrage und der Schaffung neuer künstlicher Kaufkraft durch Lohn-erhöhungen, denen die gesunde Grundlage einer sich steigernden Produktion fehlt. Arbeitnehmer, die bei dieser Lage der Wirtschaft übertriebene Konjunkturlöhnerforderungen stellen und gewaltsam durchzusetzen suchen, Arbeitgeber und Schlichtungsstellen, die solche Forderungen ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit billigen, machen sich für die Währung und Wirtschaft zerstörenden Folgen dieser Fehler vor dem ganzen Volke verantwortlich und vernichten die letzten Möglichkeiten eines gesunden und organischen Wiederaufbaues.“

Das Preisniveau ist augenblicklich so hoch, daß die Kaufkraft der Löhne um 14 Proz. hinter der Kaufkraft der Friedenslöhne zurückbleibt. Wird dieser Zustand künstlich verlängert, so wird die Krise nur umso heftiger werden. Der Ausweg liegt im Preisabbau, in der Stärkung des Inlandskonsums, in der Erhöhung der Kaufkraft der Löhne.

Die Krise.

Täglich zeigen neue Zahlungseinstellungen, wie die Krise voranschreitet. Das „B. L.“ berichtet über Zahlungseinstellungen in Thüringen: Die Kommanditgesellschaft a. L. Albert C. Schäfer, Zigaretten- und Tabakwarenfabrik und Großhandlung in Erfurt, ist unter Geschäftsaufsicht gestellt worden. Geschäftsaufsicht beauftragt haben die Firmen Frig. Cohn, Strümpfe und Trikotagen in gros, Erfurt, Hugo Moser, Schuhgroßhandlung, Erfurt, und Behmann u. Co., Wollwarenfabrik, Erfurt.

Die laze Behandlung ihrer Zahlungsverpflichtungen durch viele Unternehmungen den Kreditgebern gegenüber bringt auch Bankunternehmungen in Gefahr. Die Elberfelder Handels- und Industrie-Bank (auch genannt Schröder-Bank) hat sich, wie dem „Konfessionär“ berichtet wird, am 12. Mai unter Geschäftsaufsicht stellen lassen. Die Aktiven übersteigen die Passiven ganz erheblich, so daß ein Verlust für die Gläubiger vollständig ausgeschlossen sein soll. Die Zahlungsstörung wurde hervorgerufen wegen der Nichteinlösung eines größeren Wechsels, der mit dem Giro einer Großbankfiliale verkehren war. Die Inhaber hoffen, bald in der Lage zu sein, die Zahlungsstörung wieder zu beheben.

Die Stabilisierung im Ausland.

Die Stabilisierung der Währungen macht weitere Fortschritte. Vor zwei Jahren in der Tschechoslowakei und Oesterreich, im vergangenen Jahr in Italien und in den Randstaaten, wird in diesem Jahr die Stabilisierung des Geldwertes in einer Anzahl anderer Länder in Angriff genommen. Das wirtschaftliche Programm der neuen dänischen Regierung unter der Führung der Sozialdemokratischen Partei besteht vorzüglich darin, die in der letzten Zeit großen Schwankungen und einer sehr beträchtlichen Entwertung unterworfenen Währung durch geeignete Maßnahmen zu stabilisieren. Polen hat die Notendruck für Staatsausgaben stillgelegt und die



Gillette Rasierstange
wird das Rasieren selbst
der empfindlichsten Gesichts-
haut zum Vergnügen.

Die Creme
der
vornehmen
Welt!

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften
RAJANOL G. m. b. H., Berlin-Oberschönewalde
Fernsprecher: Oberschönewalde 555 u. 744

Du brauchst
bei Regenwetter

Damen-Strümpfe
1/2 Seidenfärbung
100% Baumwolle
Herren-Strümpfe
100% Baumwolle
schwarz

Gebr. Grumach
A. G.
Königsstr. Ecke Spandauerstr.

Hautjucken, Flechten, offene Füße (Krampfadern)

auch veraltete Wunden heilt die milde und wohltuende, seit Jahrzehnten bewährte San-Rat Dr. Strahl's Haussalbe. In Original-Dosen erhältst du in Apotheken, Berlin SW, Leipziger Str. 74, am Dönhofpl.

